Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 1-2/2019

- Europäische Bildung – Gemeinsam in die Zukunft
- Digitalisierung – Chancen und Risiken
- KMK-Standards und die neue Kursstufe
- Bildungsgerechtigkeit – Abitur für alle?
- Zurück aus der Zukunft – Grüße aus dem All!

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[R. Scholl]* 2
Zur Person: Björn Sieper *[E. Groß]* 4
Zur Person: Christian Unger *[E. Groß]* 5
Bundestarifkommission *[U. Kampf]* 6
Fortbildung AKA *[G. Müller-Blechschmidt]* 7
Europäische Bildungskonferenz in Potsdam *[B. Saur]* 9
Bericht aus dem HPR Gymnasien *[J. Sobora]* 10
Vortrag: 'Bildung als Provokation' *[S. Neubrand]* 12
Verabschiedung von Bernd Saur durch den BBW *[gbw]* 13
Thema aktuell – heute CDU *[K.-W. Röhm]* 14
JuPhi Klausurtagung *[M. Scherer]* 15
ÖPR-Schulung Nordwürttemberg *[A. Wessel]* 15
Schulvertreterversammlung Nordwürttemberg *[L. Schönfelder]* 16
Verabschiedung von Bernd Saur im Bundesvorstand des DPhV *[gbw]* 17
Hauptvorstandssitzung *[H. Hauser]* 18
Schulvertreterversammlung Südbaden *[M. Schottenbauer]* 19
Ballade auf die Technik *[R. Scholl]* 20
Bericht aus dem BAK *[A. Pilz und S. Wölz]* 21
Teamtag Schulleitung und ÖPR *[B. Hölscher]* 22
Bildschirmmedien und Kinder *[K. Fetzner]* 23
Kommentar zum Digitalpakt *[C. Santelmann]* 25
Zweite Frankfurter InKompetenztagung *[A. Pilz und S. Wölz]* 27
Neukonzeption der Kursstufe *[E. Kapahnke]* 28
Infotag Viertklässler *[R. Wagner]* 30
Bildungsgerechtigkeit – Teil 1 *[Prof. Dr. R. Dollase]* 32
Echte Unterstützung – Kommentar *[E. Groß]* 34
Grüße aus dem All *[M. Metzler]* 35

Titelfoto: Justus-Knecht-Gymnasium, Bruchsal (Foto: Helmut Hauser)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter:
Enver Groß *[E.G.]* | gross.enver@phv-bw.de
Veilchenweg 15 | 88276 Berg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher [Hl] | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Christine Waibel [C.W.] | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:
März-April-Ausgabe: 4. März 2019,
Mai-Juni-Ausgabe: 6. Mai 2019.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

hoffentlich hat das neue Jahr 2019 für Sie so gut begonnen, wie das alte für den PhV geendet hat!

Die Zeit im November und Dezember war durch zwei äußerst erfreuliche Rechtsprechungen geprägt:

Das Urteil des BVerwG zum Reisekostenverzicht

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) erklärte den Verzicht auf Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen (AUV) für unzulässig.

Diese »unzulässige Rechtsausübung des Landes, die gegen das Alimentationsprinzip verstößt«, war in Baden-Württemberg mehr als vierzig Jahre gängige Praxis. Das ist jetzt vorbei! Das Land hat auf dieses Urteil sehr schnell reagiert und die Forderung des PhV nach mindestens einer Verdopplung des schulischen Reisekostenetats umgehend in den Nachtragshaushalt für 2019 aufgenommen und am 12. Dezember 2018 verabschiedet. So werden die Schulen statt 3,0 Millionen Euro im Jahr 2017 und 3,6 Millionen Euro im Jahr 2018 nächstes Jahr immerhin 7,23 Millionen Euro für AUV (außerunterrichtliche Veranstaltungen) zur Verfügung haben.

Für das Jahr 2019 ist zum Thema AUV übrigens noch ein weiteres Urteil zu erwarten. Dabei geht es um die rechtlich nicht begründbare Pauschalierung der Übernachtungskosten von Lehrkräften in minimaler Höhe auch beim Nachweis der tatsächlichen Kosten. Alles andere als eine Abschaffung dieser Pauschalierung wäre nach der gerade veröffentlichten Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts eine Riesenüberraschung. Legen Sie deswegen gegen alle Reisekosten-Bescheide des LBV, bei denen Ihnen die Übernachtungskosten gekürzt wurden, unbedingt binnen vier Wochen Widerspruch ein – so kurz ist die Verjährungsfrist!

Der Beschluss des BVerfG zur Acht-Prozent-Absenkung

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Acht-Prozent-Absenkung der Eingangsbesoldung (ab A12 aufwärts) für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und deshalb für nichtig.

Das war ein gewaltiger Donnerschlag. Er zeigt im Nachhinein, dass die anhaltenden Proteste der Landesbeamten gegen das Haushaltsbegleitgesetz 2013 voll gerechtfertigt waren. Ich erinnere mich noch sehr gut an die lautstarke Vuvuzela-Begrüßung von Ministerpräsident Kretschmann in der Stuttgarter Liederhalle bei der Protestveranstaltung im März 2012 aus genau diesem Anlass. Um dem Grundgesetz zu entsprechen, hat das Land für die Rückzahlung der einbehaltenen Gehalts-Anteile insgesamt 210 Millionen Euro in den Nachtragshaushalt 2019 eingestellt. Und das Schöne ist: **Alle Betroffenen** erhalten von Amts wegen den seit dem 1. Januar 2013 jeweils einbehaltenen Betrag vollumfänglich zurück, auch wenn die Ansprüche aus den Jahren 2013 und 2014 längst verjährt sind. Die Rückerstattungs-Beträge sind nicht von Pappe, denn 2,88 Monatsgehälter sind für Vollzeit-Beamte in A13 immerhin rund 12 500 Euro brutto.

Musterwidersprüche zu vielen Regelungen

In der Folge dieses BVerfG-Urteils wird vom BBW-Tarifunion übrigens gegen viele weitere Einsparungen im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2013 geklagt – teilweise mit sehr guten Erfolgsaussichten.

Dies hatte Anfang Dezember eine Fülle von Informationen über neue Musterwidersprüche zur Folge. Dabei hat der BBW dem PhV ganz offiziell mitgeteilt, dass die von ihm entwickelten Musterwidersprüche nur Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden dürfen, was uns vorher so nicht bekannt war. Unglücklicherweise erhielten wir diese Mitteilung genau an dem Tag, an dem wir per Handzettel an allen Schulen informiert hatten, dass neue Musterwidersprüche auf unserer PhV-Homepage zum Download zur Verfügung stün-

den. Diese konnten wir aufgrund der BBW-Vorgaben dann nicht bereitstellen, da wir noch nicht über einen geschützten, nur für Mitglieder zugänglichen Bereich auf unserer Homepage verfügen. Für die dadurch entstandene kurzzeitige Verwirrung bitte ich um Entschuldigung.

Dieses Ereignis nehmen wir nun zum Anlass, unsere interne, fast 25 Jahre alte Mitgliederverwaltung grundlegend zu modernisieren. Im Zuge dieser Modernisierung werden wir dann auch einen zugangsgeschützten Mitglieder-Bereich auf unserer Webseite einführen, in dem sämtliche aktuellen Musterwidersprüche permanent zum Download verfügbar sein werden. Wenn alles glatt läuft, geschieht dies bereits im März.

Übrigens hatte der BBW in einer Sache recht: Die Musterwidersprüche sind ein äußerst starkes Argument für den Eintritt in einen BBW-Verband. Allein im Dezember trafen in der PhV-Geschäftsstelle – völlig ungewöhnlich für diesen Monat – über 100 neue Eintrittserklärungen ein.

Sprechen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht Mitglied im PhV sind, bitte auf einen Eintritt an! **Die Zeit für die Werbung neuer Mitglieder ist** aufgrund der aktuellen Erfolge vor Gericht **so günstig wie noch nie!** Die Gerichtsentscheidung zur Eingangsbesoldung ist allein dem Einsatz unseres Dachverbands BBW zu verdanken. Die notwendigen Prozesse durch alle Instanzen wurden auch mit unseren Mitgliedsbeiträgen finanziert. Man soll sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, heißt es schon in der Bibel …

Tarifrunde 2019

Die Forderungsfindung für die Tarifrunde 2019 wurde im Dezember abgeschlossen, DBB und ver.di gehen jeweils mit der Forderung nach einer Tariferhöhung von sechs Prozent in die Verhandlungen. Schwierige Gespräche sind hierbei zu erwarten. Jeder Lehrkraft muss klar sein, dass die Ergebnisse dieser Tarifrunde auch die Gehaltserhöhungen für die Beamten festlegen werden. Ursula Kampf vertritt hierbei unsere Interessen und die der baden-württembergischen Lehrkräfte in der großen Tarifkommission des DBB.

PhV-Geschäftsstelle

Mit der letzten Neu-Einstellung zum 1. Januar 2019 ist die Geschäftsstelle jetzt personell komplett neu aufgestellt – mit einem ausgesprochen schlagkräftigen Team:

Neuer Geschäftsführer ist seit Januar 2018 Steffen Kottmann,

Antje Schmidt ist bereits seit Oktober 2017 unsere Justiziarin,

Nicole Danowski kümmert sich seit Juni 2017 um die Mitgliederverwaltung und vieles mehr,

für die Buchhaltung und den Einkauf ist seit Juni 2018 Anna Jeschke zuständig

und die Themenfelder Veranstaltungen und Versicherungen betreut nun Andrea Ringel seit Januar 2019.

Auch technisch schreitet die Modernisierung der Geschäftsstelle voran. Einen Eindruck von den damit verbundenen größeren und kleineren Schwierigkeiten erhalten Sie in der Ballade 'Ein PhV-Upgrade' auf *Seite 20*.

Personalratswahlen 2019

Wenn Sie diese Zeilen lesen, sind die Listen für die HPR- und BPR-Wahlvorschläge des PhV gerade in der Endbearbeitung.

Falls Sie noch nicht kandidieren: Jetzt ist die letzte Chance, dies zu tun! Wenden Sie sich dafür bitte schnellstmöglich mit einer E-mail an info@phv-bw.de.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie motivieren, darüber nachzudenken, ob eine Tätigkeit als Örtlicher Personalrat (ÖPR) für Sie nicht in Frage käme. Der ÖPR vertritt die Interessen des Kollegiums gegenüber der Schulleitung. Die Personalräte haben seit der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes im Jahr 2013 auch einen erheblichen Einfluss. Weil sie das Recht zur Mitbestimmung haben, sind gegen ihr begründetes 'nein' keine schulischen Regelungen möglich

- bei Bereitschaften,
- bei Vertretungen von länger als drei Wochen Dauer bzw. länger als drei Wochen im Voraus bekannter Notwendigkeit, d.h. insbesondere für langfristig geplante AUV,
- bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden (wie zum Beispiel elektronischen Klassenbüchern),
- bei der Benennung von Datenschutzbeauftragten und vielem anderen mehr.

Diese wichtige Tätigkeit wird zum Beispiel an Schulen mit mehr als fünfzig Lehrkräften durch sieben Stunden Freistellung für den dort fünf Mitglieder umfassenden ÖPR ermöglicht.

Führen Sie zu den Aufgaben ein Gespräch mit bisherigen ÖPR-Mitgliedern oder kontaktieren Sie ein Mitglied Ihres Bezirkspersonalrats, wenn Sie Fragen haben.

Überlegen Sie sich bitte, ob das nicht etwas für Sie wäre! Als Mitglied des ÖPR erhalten Sie einen Einblick in die Schulverwaltung, den Sie ansonsten nur als Schulleitungsmitglied bekommen können.

Gymnasialtag in Stuttgart

Nach zwei Jahren Pause wird der PhV am **6. April 2019** wieder einen Gymnasialtag veranstalten.

An der Hedwig-Dohm-Schule, zwei U-Bahn-Stationen vom Hauptbahnhof Stuttgart, wird von 10:00 bis 16:00 Uhr ein interessantes und vielseitiges Programm auf Sie warten.

Dabei erwarten Sie folgende Vorträge:

- *Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:* »Wider die digitale Demenz – Wie Lernen beim Menschen funktioniert«,
- *Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt:* »Forschungsergebnisse zu Gehirnbildung und Digitalisierung«,
- *Dr. Steffi Kreuzfeld/Dr. Reingard Seibt:* »Baden-Württemberg-spezifische Ergebnisse der DPhV-Studie 'Arbeitszeit im Wandel' für Gymnasialkräfte 2018«.

Ebenso finden Sie Workshops zu den Themen Auslandsschuldienst, Teilzeit, Elternzeit und Pension, Gemeinschaftsschulen, Neue Oberstufe, Digitalisierung sowie zum Bewerbungstraining für Referendare.

Kurz gesagt liegt vor uns ein interessantes und arbeitsreiches Jahr. Gehen wir es an!

Ihr

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Björn Sieper (Bezirksvorsitzender Bezirk Nordbaden)

»Es geht hier um unsere Kinder, die wir auf das Leben vorbereiten!«

Björn Sieper ist Bezirksvorsitzender des Bezirks Nordbaden sowie Vorsitzender des Bezirkspersonalrats in Karlsruhe.

Als Erstes betont Björn Sieper, wie wichtig es ihm sei, in seinem Bezirk präsent zu sein. Er möchte da sein für seine Mitglieder. Sei es auf Vorträgen, auf Personalversammlungen oder auf sonstigen Veranstaltungen. Dadurch solle dem Philologenverband Baden-Württemberg in den Kollegien ein Gesicht gegeben werden.

Im Alltagsgeschäft sei ihm die Arbeit im Team sehr wichtig. Ebenso brauche er die Gewissheit, sich auf andere im Verband verlassen zu können.

Die hohe Bezirksautonomie sei zwar praktisch für seinen Arbeitsalltag, stelle jedoch für das Gemeinschaftsgefühl innerhalb des Verbands teilweise ein Problem dar, an dem der PhV BW noch zu arbeiten hat.

Innerhalb des Philologenverbandes BW vertrete er seinen Bezirk sehr gerne. Gemeinsamkeiten seien ihm dabei wichtiger als persönliche Befindlichkeiten. Im Sinne eines zusammenwachsenden Europas solle auch der PhV BW immer weiter zusammenwachsen. Hierbei seien Bezirksstrukturen zwar notwendig, gemeinsame Zielsetzungen, wie sie der Verband realisiert, jedoch ebenfalls wichtig und sinnvoll.

Bildungspolitische Ansichten und Ziele

Björn Sieper sieht sich als überzeugter Verfechter von leistungshomogenen Lerngruppen. Extreme Heterogenität, wie sie beispielsweise an Gemeinschaftsschulen praktiziert werde, gleiche teilweise Versuchen am Menschen. Der pädagogische Sinn heterogener Gruppen werde hier ideologisch untergraben. »Es geht hier um unsere Kinder, die wir auf das Leben vorbereiten«, betont Björn Sieper.

Unsere Schulen *(gemeint sind die Gymnasien, Anm. d. Red.)* seien zwar nicht perfekt, Schulversuche eigneten sich jedoch nur bedingt zu deren Optimierung. Besser sei eine stetige Weiterentwicklung in kleinen Schritten.

So sei auch kompetenzorientierte Bildung nur inhaltsgebunden sinnvoll. Man brauche natürlich Kompetenzen, diese seien jedoch lediglich als Instrumentarium zu sehen, um an konkreten Inhalten zu arbeiten.

Berufspolitische Ansichten und Ziele

Als oberstes Ziel nennt Björn Sieper die »Eindämmung der Ressourcenverschwendung« im Gymnasialbereich. Die immer größer werdende Last der Aufgaben, welche Lehrer zu bewältigen hätten, könne teilweise als Vernichtung von Lehrerarbeitszeit gesehen werden. Immer neue Aufgaben wie Kompetenzorientierung, Schulcurricula, Testverfahren, Evaluationen wie auch die Schulentwicklung könne es nicht ressourcenneutral geben. Viele der jüngeren Kollegen arbeiteten schon heute nicht mehr in Vollzeit, Berufsanfänger seien den Belastungen oft kaum gewachsen.

Ebenso sollten Lehrer nicht zum Nulltarif arbeiten, meint Björn Sieper. Dies impliziere zum Beispiel auch eine vollständige Erstattung von Reisekosten, Arbeitsmitteln und des Arbeitszimmers sowie dessen Ausstattung. Insgesamt werde den Kolleginnen und Kollegen zu viel abverlangt.

Auch habe Björn Sieper kein Verständnis für die aktuelle Ausbildung zur Arbeitslosigkeit bei den jetzigen Referendaren, welche als günstige Arbeitskräfte eingesetzt würden. Insbesondere in den Fächern Italienisch und Spanisch werde hier an der Realität vorbei ausgebildet.

Abschließend erwähnt Björn Sieper, die in vielen Bereichen eingeführte Frauenquote solle einer inneren Einsicht folgen und nicht per se Bestandteil politisch ambitionierter Ausgestaltungen unseres Berufsbildes sein. **E.G.**

Zur Person

Björn Sieper ...

- studierte die Fächer Mathematik und Physik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg;
- ist seit dem Referendariat (2007) Mitglied im Philologenverband BW;
- war vor seiner Freistellung vom Unterricht Netzwerkbetreuer und IT-Beauftragter am Richard-Wagner-Gymnasium in Rastatt;
- ist stellvertretender Regionalvertreter der Region Rastatt;
- ist seit 2014 Bezirksvorsitzender des Bezirksverbands Nordbaden;
- vertritt die Kolleginnen und Kollegen als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats in Karlsruhe.

Ein Familienmensch
Björn Sieper ist verheiratet und hat drei Kinder. Sein ältester Sohn besucht die erste Klasse.

Christian Unger (Vorsitzender des Bezirksverbands Nordwürttemberg)

»Ich bin gerne Lehrer, aber mit Begeisterung Gymnasiallehrer!«

Christian Unger wurde auf der Schulvertreterversammlung Nordwürttemberg am 15. und 16. November 2018 als Nachfolger von Ralf Scholl zum neuen Bezirksvorsitzenden des Bezirks Nordwürttemberg gewählt.

Christian Unger sei ein großer Fan von Helmut Schmidt und liebäugele mit dessen Zitat, »Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.« Er habe eine sehr konkrete Vorstellung von Schule, Gymnasium und auch von seiner Verbandsarbeit. Er sei gerne Lehrer, und mit Begeisterung Gymnasiallehrer.

Leistungsbereitschaft als Grundeinstellung

Etwas leisten zu können oder geleistet zu haben, sei etwas Schönes, betont Christian Unger. Nichts im Leben gehe ohne Anstrengung, ohne Leistungsbereitschaft. Deshalb müsse die Schule, insbesondere das Gymnasium, den Leistungsgedanken immer im Blickfeld haben. Schule dürfe ruhig auch einmal eine 'Zumutung' sein, denn wir sollten den 'Mut' haben, Schwieriges anzugehen und zu meistern.

Mit Spaß im Sinne des englischen 'Fun' verbinde Christian Unger persönlich nur ein oberflächliches, nicht substanzielles Gefühl, welches häufig mit einer 'Sinnlosen' Tätigkeit verbunden sei. Er wünsche sich, dass Schule und insbesondere das Gymnasium Freude bereite. Mit Freude verbinde er wesentlich mehr als mit Spaß. »Das Erkennen der Sinnhaftigkeit meines Tuns, das Erkennen, dass sich trotz oder gerade Dank aller Mühsal und Anstrengung Erfolge einstellen«, was dann wieder zum Leistungsprinzip führe, sei für die gymnasiale Bildung unabdingbar.

Analog zum Handwerksmeister sehe Christian Unger sich als Schulmeister. Sein Handwerk sei das Vermitteln von Wissen, Bildung, Kompetenzen, Werten, usw. Ganz im Sinne von Hattie oder auch Michael Felten komme es auf den Lehrer an. Er sehe sich weder als Coach noch als Lernbegleiter.

Vitales Gymnasium nur durch vitalen Verband

»Eine Schule für alle« könne laut Christian Unger nicht ernsthaft das sein, was eine Gymnasiallehrkraft wolle. Der PhV sei und bleibe der Verband fürs Gymnasium. Das möchte er nach außen positiv und selbstbewusst transportieren. Ziel seiner Arbeit sei es schließlich, dass seine Schülerinnen und Schüler das von ihnen gewählte Universitätsstudium meistern könnten. Hier liege im Übrigen auch ein »unbestelltes Feld«, denn an den Universitäten sei der PhV faktisch nicht präsent, die GEW uns Lichtjahre voraus. Das solle der Verband laut Christian Unger angehen.

Bildungspolitische Ziele

Als Teilnehmer am PhV-Arbeitskreis 'Neue Oberstufe' habe Christian Unger die Rückkehr zu den Leistungskursen fest im Blick. Er wolle seinen Teil dazu beitragen, das neue Kursstufensystem weiterzuentwickeln.

Als langjähriger Klassenlehrer, vor allem in der Unterstufe, bekomme er die Folgen des Wegfalls der verbindlichen Grundschulempfehlung hautnah mit. Diese müsse laut Christian Unger wieder eingeführt werden. Zu viele Kinder seien inzwischen auf der falschen Schule gelandet. Das Gymnasium sei nicht die eine Schule für alle, betont er.

Fremdsprachen und Naturwissenschaften seien ihm wichtig. Aber im Zeitalter der 'Fake News' müsse den Gesellschaftswissenschaften mehr Bedeutung zukommen, sagt Christian Unger. Probleme durch Populismus, Rassismus, Fundamentalismus und Nationalismus könnten nur wirkungsvoll angegangen werden, wenn zum Beispiel das Fach Politik verstärkt unterrichtet werden könne.

Als ehemaliger Schüler am neunjährigen Gymnasium unterrichte Christian >>

Zur Person

Christian Unger ...

- hat in Freiburg Englisch und Chemie studiert;
- absolvierte sein Referendariat am Seminar Rottweil;
- unterrichtet seit 2006 seine Fächer am Max-Planck-Gymnasium in Schorndorf;
- betreute elf Jahre die Theater-AG an seiner Schule;
- ist ordentliches Mitglied im ÖPR an seiner Schule;
- stieß nach den Landtagswahlen 2011 zum PhV;
- wurde 2013 zum Schulvertreter gewählt;
- wurde 2016 Schriftführer im Bezirk Nordwürttemberg;
- ist seit November 2018 Bezirksvorsitzender des Bezirksverbands Nordwürttemberg;
- ist Delegierter der Hauptversammlung und der Vollversammlung des PhV BW;
- engagierte sich bereits bei den JuPhi;
- brachte sich zur Neuen Oberstufe, im berufspolitischen Arbeitskreis und in der Wahlkampfkommission ein;
- vertritt den PhV BW bei den Verbandsvorstellungen an den Seminaren in Nordwürttemberg;
- besuchte wiederholt Fortbildungen des DPhV in Königswinter.

Der Engagierte

Christian Unger ist seit 2012 verheiratet. Seine Frau ist ebenfalls Gymnasiallehrerin. In seiner Freizeit betreibt er historischen Schwertkampf, tanzt mit seiner Frau Standard und singt im Kolping-Chor Gmünd.

Unger jetzt an einer funktionierenden G8-Schule. Dabei bekomme er aber mit, wie landauf, landab das G8 unter Beschuss stehe. Er sei selbst noch unentschlossen, wie er sich dazu persönlich positionieren solle. Doch er werde das Thema G8/G9 weiter intensiv verfolgen und sich aktiv in die Debatte einbringen. Für viele Menschen scheine das G9 heutzutage romantisierend für eine »gute, alte Gymnasialzeit« zu stehen, in der alles besser gewesen wäre. So einfach dürfe man es sich dabei aber nicht machen, so Christian Unger. Wenn G9, dann richtig, sagt er. Dabei dürfe es keine Aufweichung gymnasialer Mindeststandards geben.

Zu NWT betont Christian Unger, dass es nun seit zehn Jahren das Fach NWT ohne tatsächliche NWT-Lehrkräfte gebe. Dabei frage er sich, wie lange »diese Farce« eigentlich noch weitergehen solle.

Berufspolitische Ziele

Mit Lehrkräften, so Christian Unger, könne man nicht beliebig umspringen. 25 Wochenstunden seien definitiv zu viel. In Bayern seien es 23 Wochenstunden.

Als Schüler habe er miterlebt, welche Wirkung überalterte Lehrkräfte auf Schüler hätten. Heute seien dabei die jüngeren Kollegen die 'Überalterten' von morgen. Dagegen müsse endlich etwas getan werden, so Christian Unger. Die Politik müsse hierbei aktiv gegen den sogenannten 'Schweinezyklus' im Bildungswesen vorgehen.

Sein Amtseid sei ihm immer sehr wichtig gewesen. Er habe die Beamtenlaufbahn nicht umsonst gewählt, betont Christian Unger. Deshalb wisse er auch, dass ihm als Beamter zum Beispiel nicht das Recht zustehe, zu streiken. Lehrkräfte müssten verbeamtet sein und bleiben, denn sie erfüllten eine wichtige staatlich-gesellschaftliche Aufgabe. Dabei merkt Christian Unger an, dass es ein Unding sei, Krankheitsvertretungen (KV) zu Ferienbeginn zu entlassen, nur um sie sechseinhalb Wochen später wieder neu einzustellen. Dieser Umgang mit unseren angestellten Kolleginnen und Kollegen sei skandalös.

Die Themenfelder Aufsicht, Bereitschaft und Vertretung seien für ihn ein weites Feld voller Tretminen. Er habe in vielen Gesprächen miterlebt, wie sehr dieser Themenkomplex Lehrkräfte beschäftige. So auch ihn selbst, denn faktisch habe er durch Vertretungen häufig genug 26 oder gar 27 Unterrichtsstunden in der Woche. Dabei bekomme er mit, wie diese Problematik von Schule zu Schule unterschiedlich behandelt werde. Christian Unger fordert Klarheit diesbezüglich zum Wohle aller, der Schulleitungen, der Lehrkräfte, der Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. **E.G.**

Bundestarifkommission zur Einkommensrunde 2019 TV-L

Am 20. Dezember 2018 haben die Gremien des dbb in Berlin die Forderungen zur Einkommensrunde 2019 TV-L beschlossen, unter anderem die Erhöhung der Tabellenentgelte um sechs Prozent, mindestens um 200 Euro.

Weitere Informationen unter: **www.dbb.de/einkommensrunde**

Ursula Kampf

>> **Baden-Württembergische Teilnehmer** *v.l.n.r.:* **Thomas Eigenthaler (stellvertretender Vorsitzender dbb), Edmund Schuler (BTK DPolG), Klaus Schork (BTK BTBKomba), Ursula Kampf (BTK DPhV), Jörg Feuerbacher (BTK DStG), Michael Brendle (BTK BTBKomba) sowie Kai Rosenberger (Vorsitzender bbw).**

>> **Während der Sitzungspause** *v.l.n.r.:* **Mitglieder der dbb-Bundestarifkommission aus BW - Klaus Schork (BTBKomba), Edmund Schuler (DPolG), Jörg Feuerbacher (DStG) und Ursula Kampf (DPhV) treffen sich mit dem BBW-Vorsitzenden als Mitglied des dbb-Bundesvorstands, Kai Rosenberger.**

Fortbildungsangebot des Arbeitskreises Arbeitnehmer im Philologenverband Baden-Württemberg für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Regierungsbezirke Freiburg und Karlsruhe

»Der Weg in die Rente« und »Krank, was dann?«

Zahlreiche Lehrkräfte fanden sich zu dieser Veranstaltung am 16. November 2018 ein, die die Arbeitnehmervertreterinnen der Bezirksverbände Südbaden (Gabriele Müller-Blechschmidt) und Nordbaden (Brigitte Beyrich) zusammen mit Ottmar Wiedemer vom Berufsschullehrerverband im Goethe-Gymnasium in Freiburg anboten.

Die Referentin der Deutschen Rentenversicherung (DRV), Nancy Kibler, zeigte das Leistungsspektrum der DRV auf. Diese kommt unter anderem auch für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (Reha) und bei notwendigen Maßnahmen zu einer gesundheitlich bedingten beruflichen Umorientierung oder Hilfsmitteln am Arbeitsplatz mit ihren Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auf.

Den Fragenkreis um das Themenfeld **Rente** eröffneten zahlreiche Nachfragen zum Thema **Auslandsaufenthalt und Anrechnung** auf Rentenzeiten. Auslandsaufenthalte, die beruflich bedingt sind, sei es seitens des Ehepartners oder durch eigene Verpflichtungen, sind anrechenbar.

Ebenfalls wurde deutlich gemacht, wie sich die Rentenberechnung zusammensetzt. Für die vielen anwesenden Teilnehmerinnen war vor allem die **Mütterrente II** wichtig, die ab 1. Januar 2019 in Kraft tritt. Für jedes vor 1992 geborene Kind werden 0,5 Entgeltpunkte monatlich mehr berechnet. Ein Entgeltpunkt liegt momentan bei 32,03 Euro. Die Referentin, Nancy Kibler, empfahl dringend, zur Klärung der eigenen Rentenansprüche und wegen der notwendigen Schritte zu ihrer Realisierung rechtzeitig einen Termin bei der DRV zu vereinbaren.

Auch die **Flexirente** wurde thematisiert. Mit ihr können Rentenabschläge bei vorzeitigem Renteneintritt durch zusätzliche Beitragszahlungen ausgeglichen werden. Wer beispielsweise bei einer Rente von monatlich 1200 Euro drei Jahre früher in Rente gehen will, muss mit 10,8 Prozent Rentenminderung rechnen, die er durch rund 31 954 Euro ausgleichen kann. Ab dem fünfzigsten Lebensjahr ist dies durch entsprechend höhere Beitragszahlungen möglich. Wer wissen möchte, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang sich eine zusätzliche Zahlung von Beiträgen lohnt, sollte sich von seinem Rentenversicherungsträger individuell beraten lassen.

Im Anschluss an Nancy Kibler referierte Gabriele Müller-Blechschmidt vom Philologenverband Baden Württemberg über die **Renteneintrittsregelung für Lehrkräfte**. Diese wird im Wesentlichen durch § 44 Nr. 4 im Tarifvertrag öffentlicher Dienst – Länder (TV-L) geregelt.

Wichtig zu wissen ist:

- Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Erreichen des festgelegten Alters zur Regelaltersgrenze ohne Kündigung mit Ablauf des Schulhalbjahres (31. Januar/31. Juli), in dem die Lehrkraft das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen der Regelaltersgrenze vollendet hat (§ 44 Nr. 4 TV-L).
- Vorzeitiger Renteneintritt für sogenannte langjährig Versicherte (35 Jahre) möglich per Auflösungsvertrag (§ 33 Abs.1 b TV-L) (STEWI !) zum Quartalsende oder Kündigung (§ 34 TV-L). Hier die Kündigungsfrist beachten, diese beträgt bei einer Beschäftigungszeit von mindestens zwölf Jahren sechs Monate zum Kalendervierteljahresende. Es sind die lebenslangen Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat zu beachten.
- Unter bestimmten Umständen und bei Mangelfächern ist auch eine Weiterbeschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus möglich. Dies geschieht über einen neuen Arbeitsvertrag (§ 33 Abs.5 TV-L) oder durch einvernehmliches Hinausschieben des Beendigungszeitpunkts des momentanen Arbeitsverhältnisses. Dazu ist ein Antrag beim Regierungspräsidium nötig, ein Rechtsanspruch besteht nach neuestem Urteil nicht.

>>

Fotos: Brigitte Beyrich

>> Gabriele Müller-Blechschmidt bedankt sich bei Nancy Kibler von der DRV für ihren hervorragenden Vortrag

JUNIOR SCIENCE CAFÉ

Im Projekt Junior Science Café: Denk digital! organisieren Schüler Gesprächsrunden mit Experten. Sie wählen ihr Thema, recherchieren und laden Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft oder anderen Gruppen (Umweltorganisationen, Politiker) ein. Sie planen, moderieren und dokumentieren das Café. Seit 2014 hat *Wissenschaft im Dialog* die Schirmherrschaft für dieses Projekt. Im Schuljahr 2018/2019 lautet das Thema 'Vol.4: Leben 4.0': Vernetzung, Künstliche Intelligenz und Selbstorganisation in den Bereichen Bildung, Industrie, Mobilität oder Arbeit können Inhalte einer Café-Veranstaltung sein.

Die Teilnehmer werden mit verschiedenen Materialien wie einem Handbuch, ergänzenden Impulsen und Vorlagen (Pressemitteilungen, Gästebefragungen, ...) unterstützt. Webinare informieren interessierte Lehrerinnen und Lehrer. Die Veranstaltung kann von Schülern einer Junior Science AG durchgeführt werden, an Projekttagen stattfinden oder in den Unterricht eingebunden werden. Durch das Projekt wird in besonderem Maße die Medienkompetenz von Schülern gefördert. Sie können beispielsweise Projektmanagementtools nutzen, mit Wissenschaftlern im Ausland chatten oder beschäftigen sich mit Datenschutz und dem Urheberrecht.

Derzeit sind 76 Schulen in ganz Deutschland Projektschulen, machen auch Sie an Ihrem Gymnasium mit! **S.G.**

Quelle: https://juniorsciencecafe.de

>> Gabriele Müller-Blechschmidt bedankt sich bei Jonas Zinser von der BEK für seinen engagierten Vortrag und seine Bereitschaft, auch am Freitagnachmittag zu kommen

Des Weiteren gilt:

- Vor Erreichen der Regelaltersgrenze liegt die Hinzuverdienstgrenze bei maximal 6300 Euro pro Jahr brutto – dazu zählen auch Einkünfte aus Solaranlagen. Kapitaleinnahmen und Einnahmen aus Vermietung zählen jedoch nicht dazu.
- Frauen bekommen pro Kind 30 Monate (bei Geburt vor dem 1. Januar 1992) oder 36 Monate (bei Geburt nach dem 1. Januar 1992) Anrechnung für die Rente (ab 1. Januar 2019).

Nach der Mittagspause gab es für die Schwerbehinderten die Möglichkeit, ihre Fragen an die neue Bezirksvertrauensperson Dr. Verena Peters zu stellen.

Jonas Zinser von der Barmer Ersatzkasse referierte über das Thema »**Krank, was dann?**«

Hier sind wesentliche Unterschiede zu den beamteten Kollegen und Kolleginnen zu beachten.

Es seien nur die wichtigsten erwähnt:

- Krankschreibung gleich am ersten Tag einreichen, auch in den Ferien.
- Nach sechs Wochen (!) endet die Lohnfortzahlung, es gibt Krankengeld (etwa zehn Prozent weniger).* Die sechs Wochen addieren sich bei gleicher Erkrankung innerhalb eines halben Jahres.
- Krankengeld gibt es, wenn jemand mehr als drei Jahre beschäftigt ist (§ 34 Abs.3 TV-L), bis Ende der 39. Woche nach Beginn der Erkrankung.** Auch hier empfiehlt sich die Beratung durch uns und die Krankenkasse.
- Wichtig ist auch zu wissen, dass alle Arten der Wiedereingliederung, in denen nicht 100 Prozent entsprechend des Arbeitsvertrages gearbeitet wird, zu der Zeit des Krankseins gerechnet werden. Man arbeitet also in einem gewissen Umfang, erhält aber nur Krankengeld, dafür könnte man genauso gut daheim bleiben.

Besonders der Punkt 2 erregte großes Interesse und führte zu vielen Nachfragen, die Jonas Zinser mit einer Grafik gut beantworten konnte. Auch hier empfiehlt es sich, im Ernstfall immer Kontakt mit seiner Krankenkasse aufzunehmen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich am Ende einig, dass der Tag sich für sie gelohnt hatte. Eine Teilnehmerin sprach aus, was alle empfanden: »Endlich ging es mal nur um uns und unsere Belange und Sorgen. Die gehen in einem Kollegium mit vornehmlich Beamten völlig unter.«

Für alle Interessierten sei hier schon auf ein vergleichbares Angebot des AKA am 22. März 2019 in Ulm verwiesen.

Gabriele Müller-Blechschmidt

* Für sogenannte 'Altfälle', die vor dem 1. Juli 1994 unbefristet eingestellt worden sind, gilt:
in privater Krankenversicherung: maximal 26 Wochen Entgeltfortzahlung;
ansonsten maximal sechs Wochen Entgeltfortzahlung und höherer Krankengeldzuschuss, der in etwa die Differenz zwischen Nettokrankengeld und Nettoentgelt ausgleicht, so dass man etwa das bisherige Nettoentgelt erhält.

** wenn jemand mehr als ein Jahr beschäftigt ist (§ 34 Abs. 3 TV-L), bis zum Ende der 13. Woche nach Beginn der Erkrankung.

Foto: Belish/AdobeStock

Europäische Bildungskonferenz in Potsdam

»Das europäische Bewusstsein in den Gesellschaften Europas schärfen«

TEACH#EU
NEW PERSPECTIVES ON EUROPEAN EDUCATION

Bei der TEACH#EU Conference, die Ende September 2018 im brandenburgischen Landtag in Potsdam stattfand und den Untertitel 'New perspectives on European education' trug, beschäftigten sich Fachleute aus schulischer und außerschulischer Bildung, Wissenschaft und Politik aus etwa zwanzig EU-Staaten mit der Frage, was getan werden muss, damit unsere jungen Europäer die EU als eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft begreifen lernen.

von **Bernd Saur**
Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Ausgehend von der Erkenntnis, dass man nur auch wirklich wertschätzen kann, was man kennt, stimmten die Teilnehmer darin überein, dass in allen Schulen der EU verbindlich grundlegende Kenntnisse über die Mitgliedsländer, die europäischen Institutionen, die Politik der EU (zum Beispiel faire Handelsbeziehungen, Klimaschutzpolitik, Entwicklungshilfepolitik) sowie diejenigen Grundwerte vermittelt werden müssen, denen sich alle Mitgliedsstaaten verpflichtet fühlen. Es geht nicht um einheitliche europäische Bildungspläne, sondern darum, sicherzustellen, dass jeder Schulabgänger in einem EU-Mitgliedsland über grundlegende Kenntnisse über Europa verfügt. Wiewohl die gesamte Konferenz in englischer Sprache abgehalten wurde, man also hautnah erleben konnte, dass das Englische seine Funktion als 'lingua franca' durchaus erfüllt, hielten es die Teilnehmer dennoch für wünschenswert, dass jeder junge Europäer mindestens zwei Fremdsprachen erlernt, eben neben dem Englischen noch eine weitere.

Außer bei der Abschlusssitzung gab es übrigens keinen Teilnehmer aus dem Vereinigten Königreich, also keinen 'native speaker' des Englischen. Dies dürfte nach dem Brexit nun wohl häufiger der Fall sein. Künftig wird also bei solchen Konferenzen kein einziger Teilnehmer seine Muttersprache sprechen. Das Land, dessen Sprache als 'lingua franca' fungiert, wird gar nicht mehr Teil der Staatengemeinschaft sein. Ein durchaus bemerkenswertes Phänomen.

Man solle, so die einhellige Meinung, alles fördern bzw. ausbauen, was die direkte Begegnung von Menschen aus verschiedenen EU-Ländern ermögliche. Auslandsaufenthalte und Austauschprogramme der verschiedensten Art seien unverzichtbar, wenn es darum gehe, ein Bewusstsein für die Zusammengehörigkeit aller Europäer zu entwickeln.

Man geht also von einem umfassenden Bildungsbegriff aus, der über die in einer beruflichen Ausbildung vermittelten Kenntnisse und Fähigkeiten hinausgeht, was mit dem Diktum »Education is more than employability« umschrieben wurde.

Ein bloßes fortgesetztes Beschwören eines Europas als Wertegemeinschaft führe nicht weiter, solange diese Werte nicht benannt und tatsächlich von allen auch geteilt würden. Mit Bedauern wurde an das Scheitern einer EU-Verfassung im Jahre 2004 erinnert. Ein EU-Verfassungsvertrag war in Rom von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet worden. Aufgrund der gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden haben diesen dann jedoch nicht alle Mitgliedsstaaten ratifiziert, so dass dieser Vertrag keine Rechtskraft erlangte. Wie erfolgversprechend derzeit ein neuerlicher Anlauf wäre, sei angesichts der aktuellen Probleme und Spannungen dahin gestellt.

Unter **http://teach-eu.org/en/#testimonials** können Sie ein von mir eingebrachtes Zitat sowie Statements weiterer Teilnehmer nachlesen. Ein weiteres von mir beigesteuertes Zitat kann dort nicht nachgelesen werden, weshalb ich es abschließend an dieser Stelle einbringen möchte. Es hebt ab auf die Verantwortung von uns Erwachsenen angesichts dessen, was unser Kontinent in der Vergangenheit zu erdulden hatte:

»From the belligerent and cruel history of our continent arises the obligation for us Europeans to make our young people perceive Europe as a community of nations sharing basic, inalienable common values.«

Bernd Saur

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien

Jörg Sobora Vorsitzender | **Ursula Kampf** Vorstandsmitglied Arbeitnehmervertreterin | **Ralf Scholl** Vorstandsmitglied | **Bernd Saur** | **Claudia Hildenbrand** | **Cord Santelmann** | **Andrea Wessel**

Erweiterte Erhebung der Unterrichtssituation (USO) - Einigungsstelle

Das Kultusministerium plant eine Ausweitung der Erhebung des Unterrichtsausfalls, bei der auch die Abwesenheitsgründe erfasst werden. Im Juni 2018 fand erstmals eine Vollerhebung anstelle einer bis dahin jahrelang üblichen November-Stichprobe statt. Geplant sind nun drei Vollerhebungen im November, Februar und Juni. Geplant ist auch eine Erweiterung der Informationen zu den Vertretungsstunden.

Der Hauptpersonalrat (HPR) Gymnasien hat dieser erweiterten Abfrage nicht zugestimmt. Er sieht hier Mehrarbeit auf diejenigen zukommen, die diese erfassen müssen, da es zwischen den verschiedenen Programmen keine Schnittstellen gibt und somit keine einfache Erfassung möglich ist. Vielerorts muss per Hand eine Strichliste geführt werden.

Eigentlich hatte das Kultusministerium geplant, die erweiterte Abfrage bereits im November einzusetzen. Aufgrund der Nichtzustimmung des HPR Gymnasien konnte dies aber nicht erfolgen. Dies empörte Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann offensichtlich sehr, da sie diesen Konflikt mit der Personalvertretung unzulässigerweise mit einer Presseerklärung in die Öffentlichkeit trug, ohne die Gründe für die Nichtzustimmung zu nennen. Nun muss eine Einigungsstelle entscheiden.

Datenschutz an Schulen

Die neue Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) ist seit Mai 2018 in Kraft. Deshalb besteht seit diesem Zeitpunkt die Notwendigkeit der Bestellung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten für jedes Gymnasium. Es erfolgte eine erhebliche Erweiterung der Aufgaben und Kontrollfunktionen. Jedes Gymnasium kann selbst entscheiden, ob es einen eigenen Datenschutzbeauftragten an der Schule oder die Ansprechpartner an den Regierungspräsidien bestellt. Bei Fortbildungen der Regierungspräsidien zum Datenschutz und in Schreiben an die Schulen wird allerdings betont, dass bei der Bestellung der Ansprechpartner an den Regierungspräsidien wenig konkrete Unterstützung für die Schulen gegeben werden kann (so können beispielsweise keine Verfahrensverzeichnisse erstellt werden). Die Örtlichen Personalräte sind auf jeden Fall bei der Bestellung des Datenschutzbeauftragten in der Mitbestimmung und müssen diesem zustimmen. Im Nachtragshaushalt hat das Kultusministerium insgesamt 26 Stellen für Datenschutzbeauftragte beantragt (pro Schulamt eine Stelle = 21, pro Regierungspräsidium eine Stelle = 4 und eine Stelle für das neue ZSL).

Die Örtlichen Personalräte sollten darauf achten, dass Lehrkräfte an den Schulen, die zu Datenschutzbeauftragten bestellt werden, eine Anrechnung erhalten.

Konventionelles Beförderungsverfahren nach A 14 im Mai 2019

Aufgrund der Tatsache, dass bei den Ausschreibungsverfahren in den Jahren 2017 und 2018 nicht die fünfzig Prozent der insgesamt pro Jahr bei A 14-Beförderungsverfahren zu vergebenden Stellen erreicht wurden und wegen der zurückgehenden Pensionierungszahlen stehen im Mai 2019 im konventionellen Verfahren landesweit voraussichtlich nur 66 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung. Sollte es bei dieser Zahl bleiben, würde das folgende Beförderungsmöglichkeiten in den Regierungsbezirken bedeuten:
Stuttgart: 21, Karlsruhe: 16, Freiburg: 16 und Tübingen: 13. Diese Zahlen könnten sich aus verschiedenen Gründen leicht erhöhen oder sogar noch sinken. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat gegenüber dem Kultusministerium deutlich gemacht, dass dringend mehr Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, damit der enorme Beförderungsstau endlich abgebaut wird. Das krasse Missverhältnis zwischen den Lehrkräften, die die offiziell vom Kultusministerium vorgegebenen Beförderungskriterien erfüllen und für eine Beförderung in Betracht kommen, und denen, die tatsächlich befördert werden können, muss angegangen werden.

beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium

Konrad Oberdörfer | Horst Kirra | Helmut Hauser | Winfried Bös | Richard Zöller | Stephanie Wölz

Die PhV-Fraktion im HPR

Reisekosten für Lehrkräfte für außerunterrichtliche Veranstaltungen

Bei der Erstattung von Reisekosten müssen zwei Dinge unterschieden werden.

Erstens gibt es ein erstinstanzliches Urteil zur **Zahlung der vollständigen Übernachtungspauschale** für eine Lehrkraft, die für eine Übernachtung bei einer Studienfahrt eine vom Land Baden-Württemberg verminderte Pauschale von 18 Euro erstattet bekam. Das Gericht sprach ihr die volle Übernachtungspauschale zu. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, da das Land (vertreten durch das LBV) in Berufung gegangen ist. Ein Urteil wird erst für den Sommer 2019 erwartet. In der Urteilsbegründung sprach das Gericht eine indirekte Aufforderung an den Dienstherrn (Kultusministerium) aus, die Pauschale außerdem auskömmlich zu gestalten. Dies ist auch die Forderung des Hauptpersonalrats Gymnasien. Denn wo bekommt man für 20 Euro eine Übernachtungsmöglichkeit? Dies ist selbst in Jugendherbergen nicht mehr möglich.

Zweitens gibt es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), das besagt, dass ein **Verzicht von Beamten** unwirksam ist und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn verletzt. Die Reaktion des Hauptpersonalrats war die Forderung nach sofortiger Änderung der Reisekostenformulare, nach Streichung der Rubrik Verzicht bei Drive-BW und nach einer Aufstockung des Haushaltstitels Reisekosten für Lehrkräfte, damit die genehmigten Fahrten stattfinden können und auch insgesamt keine Kürzungen vorgenommen werden müssen. Außerdem forderte der Hauptpersonalrat die Anerkennung der Leistungen der Lehrkräfte und der Bedeutung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen für die Schule und die Schülerinnen und Schüler. Durch ein Schreiben des Kultusministeriums an die Schulen nach dem Urteil kam allerdings sehr große Unsicherheit auf, da wieder einmal auf die Etats der Schulen verwiesen wurde, innerhalb derer Fahrten genehmigt werden dürften. Dies führte in einigen Fällen zu Nichtgenehmigungen von Fahrten. Aufgrund von sogenannten Poolmitteln an den Regierungspräsidien (Restmittel aus den vergangenen Jahren) war es aber möglich, alle angefallenen Kosten für das Jahr 2018 abzurechnen und zu erstatten (auch ohne Verzicht).

Im Nachtragshaushalt wurden nun für 2019 zusätzliche Mittel im Rahmen von 3,87 Millionen Euro beantragt und bewilligt. Dies bedeutet praktisch eine Verdopplung des Haushaltskapitels und somit auch der schulischen Haushalte. Ob dies ausreichen wird, bleibt abzuwarten. Vor allem, wenn die Übernachtungspauschale als unzulässig angesehen wird, wird es wohl einen erneuten Aufschlag geben müssen.

Anträge auf Beurlaubungen und Teilzeit aus sonstigen Gründen (Ablehnung)

Aus Gründen des Lehrkräftemangels an Grundschulen, an Sonderpädagogischen Beratungs- und Betreuungszentren und an anderen Schularten wurde als Maßnahme zur Vermeidung von Unterrichtsausfall bzw. zur Lehrkräftegewinnung verfügt, dass diese Anträge nicht mehr genehmigt werden können, wenn dienstliche Belange entgegenstehen. Dies gilt theoretisch auch für den gymnasialen Bereich. Hier wird dies allerdings nur punktuell bei Mangelfächern (zum Beispiel Physik) oder in bestimmten Regionen der Fall sein, da es eher einen Bewerberüberhang als einen Mangel gibt. Das Kultusministerium hat dem Hauptpersonalrat versichert, dass jeder Einzelfall geprüft wird. Auch hier kann es dann unter Umständen passieren, dass der Antrag abgelehnt wird, da dienstliche Belange im Zweifel vorgehen.

Versetzungen und Ländertauschverfahren

Bei bezirksübergreifenden Versetzungen und Ländertausch sollten die Lehrkräfte die jeweiligen betroffenen Bezirkspersonalräte (abgebender und aufnehmender) und den Hauptpersonalrat zusätzlich um Unterstützung bitten. Gründe, die für eine Versetzung sprechen (Familienzusammenführung, Pflege von kranken und pflegebedürftigen Angehörigen) sollten mit Nachweisen belegt werden. Für den Ländertausch ist Barbara Becker (**Barbara.Becker@km.kv.bwl.de**) zuständig.

Jörg Sobora

'Bildung als Provokation'

Zum Vortrag von Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann am Justus-Knecht-Gymnasium in Bruchsal

'Bildung als Provokation', – so lautete der Titel eines Vortrags des renommierten Philosophieprofessors und Bestseller-Autors Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann am Justus-Knecht-Gymnasium in Bruchsal am 7. November 2018.

Eingeladen zu der gut besuchten Veranstaltung hatte der Philologenverband Nordbaden. Mathias Fuchs, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Philologen, und Karin Fetzner, stellvertretende Landesvorsitzende des PhV BW, sprachen einführende Worte und dankten vorab der anwesenden Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick und dem Schulleiter des JKG, OStD Hanspeter Gaal, für die Organisation und Bereitstellung der Aula.

Der Stellenwert der Bildung als solcher sei 'unhinterfragt', führte der Referent gleich zu Beginn aus. Jeder nicke mit dem Kopf und bejahe die Frage nach der Notwendigkeit von Bildung. Andererseits werde es schwierig, wenn es um die Präzisierung des Bildungsbegriffs gehe, an das 'Eingemachte' sozusagen, das die Inhalte von Bildung beschreibe. Je konkreter Bildung gefasst würde, umso mehr gelte sie als Provokation und der Gebildete an sich schon als verdächtig. Nicht mehr Inhalte stünden heute im Vordergrund, sondern der unmittelbare Nutzen von Bildungsinhalten. Dies hänge mit ausgedehnten Begriffsverschiebungen von Bildung in den letzten Jahren zusammen. Alles könne man inzwischen unter Bildung verstehen, angefangen von Erziehung, Qualifizierung, Lernen lernen, Inklusion bis hin zu Fragen des Klimaschutzes und dem Erwerb vielfacher Kompetenzen. Entsprechend dieses breiten Spektrums kümmerten sich zahlreiche Bildungsexperten, darunter auch solche, die sich selbst dazu ernannt hätten, sowie Bildungspolitiker beflissen und unermüdlich um Fragen der Bildung im weitesten Sinne, vor allem aber um die unmittelbare Anwendbarkeit von Bildung. Kulturelles Bildungswissen aus den Bereichen Literatur, Philosophie, Religion, Kunst, Musik und den Alten Sprachen gelte demgegenüber als 'Spielzeug des Bildungsbürgers', das vorschnell als unnützer Ballast empfunden werde.

>> Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann referiert über den Bildungsbegriff

>> *v.l.n.r.:* Helmut Hauser, Martina Scherer, Stefanie Wölz, Thomas Schwan, Karin Fetzner, Stephan Neubrand, Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann, Mathias Fuchs und Björn Sieper

Bildung als Persönlichkeitsentfaltung

Bildung, so der Dozent, sei eben gerade nicht auf die unmittelbare Nutzanwendung ausgerichtet, sondern darauf, Probleme überhaupt erst zu erkennen, ein Problemlösungsbewusstsein zu generieren und das Urteilsvermögen von jungen Menschen zu schulen. Die Kenntnisnahme und Erforschung der Welt führe bei entsprechenden Vorbildern auch zu Selbstbildung und Selbstgestaltung, letztlich im Humboldtschen Sinne zur 'proportionierlichen Entfaltung' einer stimmigen Persönlichkeit, die vielfältige Talente und Fähigkeiten entwickelt habe. Voraussetzung dafür seien nach Humboldt die Freiheit des Lehrenden und des Lernenden sowie die Mannigfaltigkeit von Bildungsangeboten. Dazu bedürfe es der Rückkehr zu den Inhalten, zum eigentlichen Stoff des Bildungsgeschehens, der nicht beliebig sein dürfe. Wenn in manchen Bildungsplänen nur noch Goethes Faust als Pflichtlektüre genannt werde, sei das schon besorgniserregend. Nicht wie gelernt wird, sei entscheidend, sondern 'was' gelernt werden soll.

Digitalisierung erzeugt Normierungsdruck

Dem zeitgeistigen Trend zur 'Einfalt' und Vereinheitlichung im Bildungsbereich müsse Einhalt geboten werden. Die Digitalisierung eröffne einerseits in diesem Zusammenhang unbegrenzte Möglichkeiten der Informationsbeschaffung in allen Wissensgebieten. Auf der anderen Seite drohe durch die Digitalisierung Verlust von Freiheit durch Vereinheitlichung und Standardisierung insbesondere dann, wenn Softwarefirmen Lerninhalte vorgeben und da-

durch ein starker Normierungsdruck an Schulen und Universitäten erzeugt werde. Ferner vermisse man einen 'Run auf Bildungsinhalte', wo doch im Internet Wissen in allen Bereichen fast allen offenstehe. Oder ist es gerade diese Unendlichkeit an Wissensangeboten, die junge Menschen lähmt?, hinterfragt der Autor kritisch.

Wenn Bildung so wichtig sei, wie einem der öffentliche Diskurs glauben machen möchte, dann müsse in dieser Diskussion auch der 'Gebildete' vorkommen, der sich in der Literatur als versiert und belesen auszeichne, freilich ohne sein Wissen arrogant zur Schau zu stellen. Allein ihn suche man vergebens. Ja noch nicht einmal der 'Bildungsnahe', so der Referent, stehe im Ziel bildungspolitischer Offensiven.

Literatur als Reifeprozess

Eltern, Lehrer und Bildungsexperten an Schulen und Universitäten haben nach Liessmann die Aufgabe, eine geeignete Auswahl an Lerninhalten vorzugeben, die Kindern und Jugendlichen echte Orientierungsmöglichkeiten bieten. In der Auseinandersetzung mit Vorbildern, mit denen man sich identifizieren könne, bzw. von denen man sich bewusst absetzen möchte, würden Veränderungen in Gang gesetzt, welche der Persönlichkeitsreifung zugute kämen. Diese Vorbilder finde man auch und gerade in der Literatur.

Abschließend plädierte Professor Liessmann für einen Kanon europäischer Literatur mit den 27 wichtigsten Werken, die möglichst viele Europäerinnen und Europäer gelesen haben sollten, um mehr Gemeinsamkeiten in der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte zu entdecken, nicht zuletzt zum Erwerb eines gemeinsamen europäischen Grundwissens, welches das Zusammenleben und das gegenseitige Verständnis in Europa gedeihen lasse.

Im Anschluss an den Vortrag stellte sich Liessmann versiert und kenntnisreich den zahlreichen Fragen der aufmerksamen Zuhörerschaft. Das Publikum dankte mit anhaltendem Beifall.

Stephan Neubrand

Verabschiedung

Bernd Saur als Vorsitzender des PhV BW in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen vom BBW verabschiedet.

>> Kai Rosenberger, Vorsitzender des BBW, verabschiedet Bernd Saur als Vorsitzenden des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

>> Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW, weist den Gast der Landesregierung, Julian Würtenberger, Staatssekretär im Innenministerium, beim Landeshauptvorstand des BBW auf dringenden Handlungsbedarf im Bildungsbereich hin, indem er die Absenkung der überhohen Deputatsverpflichtung der gymnasialen Lehrkräfte und als Reaktion auf das Reisekostenurteil des BVerwG die auskömmliche Aufstockung der schulischen Reisekostenetats fordert.

Bernd Saur, der im Sommer 2018 sein Amt als Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg niedergelegt hatte, ist vom Vorsitzenden des bbw beamtenbund und tarifunion, Kai Rosenberger, bei der Sitzung des BBW-Landeshauptvorstands am 14. November 2018 in der Filderhalle/Leinfelden verabschiedet worden. Der BBW-Vorsitzende würdigte in seiner Laudatio mit sehr herzlichen Worten die Verdienste Bernd Saurs für das Bildungswesen Baden-Württembergs und seine engagierte Mitarbeit in den Gremien des Beamtenbunds. Bernd Saur habe sich stets mit Nachdruck für die Belange des Gymnasiums und der dort unterrichtenden Lehrkräfte eingesetzt. Es war stets spürbar, dass er für seine Sache brannte, die er rhetorisch geschliffen vorzutragen pflegte. Er freue sich, dass Bernd Saur dem Beamtenbund durch seine Mitarbeit in einer BBW- sowie in einer dbb-Kommission erhalten bleibe.

Bernd Saur bedankte sich für die herzlichen und wertschätzenden Worte des BBW-Vorsitzenden und fügte hinzu, dass er nicht ohne Wehmut die aktive Bühne verlasse. Neben der Sacharbeit habe er immer auch stets das kollegiale Miteinander und die vielen menschlichen Begegnungen geschätzt. All dies werde ihm fehlen. Mit großer Aufmerksamkeit werde er auch in Zukunft das politische Handeln des BBW verfolgen.

Cord Santelmann

>> Bernd Saur hält in der Filderhalle in Leinfelden seine Abschiedsrede.

Thema aktuell

heute: CDU

Wirksame Unterrichtsbasis

von **Karl-Wilhelm Röhm, MdL**

Am 19. Dezember 2018 hat das Kabinett dem Gesetzentwurf zur Umsetzung des Qualitätskonzepts zugestimmt. Mit der Errichtung des ZSL und IBBW werden die strukturellen Voraussetzungen geschaffen, um die Qualitätsentwicklung an unseren Schulen effektiv zu begleiten.

Damit wird der institutionelle Rahmen definiert für ein an der Wissenschaft orientiertes, übersichtliches und auf Unterrichtsqualität ausgerichtetes Ausbildungs-, Fortbildungs- und Unterstützungssystem sowie für ein Gesamtsystem des Bildungs-Monitorings.

Qualitätsentwicklung im Schulsystem ist im Kern Unterrichtsentwicklung. Die Unterrichtsqualität ist ein entscheidender Faktor für die schulische Entwicklung der Schüler und für die Leistungsfähigkeit von Schulen. In der Unterrichtsqualität spiegelt sich das Professionswissen des Lehrers.

Ersten Abschätzungen der Bildungsforschung zufolge lassen sich Unterschiede (Varianz) im Lernerfolg von Schülern über ein Schuljahr statistisch zu 10 bis 25 Prozent 'erklären', wenn man wisse, bei welcher Lehrkraft die Schüler gelernt haben, so Prof. Trautwein im Rahmen einer Veranstaltung des Kultusministeriums zum Q-Konzept am 8. Oktober.

Doch was ist guter, lernwirksamer Unterricht? Die empirische Bildungsforschung resümiert, dass nicht bestimmte Unterrichtsmethoden an sich wirksam seien, vielmehr komme es darauf an, welche Qualität die in der Klasse ablaufenden Lehr-Lern-Prozesse haben.

Die Organisationsformen, Methoden und Sozialformen definieren den Rahmen für die unterrichtlichen Lernprozesse. Innerhalb dieser Sichtstrukturen können aber unterschiedliche Lehr-Lern-Prozesse stattfinden. Sowohl lehrerzentrierter Unterricht als auch kooperatives Lernen können, gut umgesetzt, wirksam sein.

Entscheidend für den fachlichen Ertrag des Unterrichts sind die Tiefenstrukturen. Diese zielen auf die Qualität der Interaktion der Schüler mit dem Lernstoff sowie auf die Interaktion zwischen den am Unterricht Beteiligten.

Weil Schüler nicht grundsätzlich aufmerksam, diszipliniert und lernmotiviert sind, bedarf es einer effektiven Klassenführung, der kognitiven Aktivierung und der konstruktiven Unterstützung durch den Lehrer.

Mag heißen:

1. Eine Klassenführung, die den Unterricht klar strukturiert, so dass die Schüler die Unterrichtsziele verstehen, Störungen wirksam unterbindet und sicherstellt, dass möglichst viel Unterrichtszeit Lernzeit ist.

2. Die kognitive Aktivierung der Schüler, sich aktiv und engagiert mit dem Lernstoff auseinanderzusetzen, zum Beispiel durch am Vorwissen anknüpfende, herausfordernde Aufgaben.

3. Die konstruktive und wertschätzende Unterstützung durch den Lehrer, beispielsweise im konstruktiven Umgang mit Fehlern oder durch formatives Feedback.

Guter Unterricht beachtet sowohl die Oberflächen- als auch die Tiefenstrukturen. Entscheidend ist, welche Unterrichtsziele im Fokus stehen und welchen Stellenwert die verschiedenen Aspekte für das Lernen haben. Es geht um die gelingende Kombination verschiedener Gestaltungselemente, sachgerechten Methodenpluralismus und kompetent umgesetzte Unterrichtsmodelle.

Die heftige Kontroverse in der letzten Legislaturperiode um die Schulstruktur war unter vorstehenden Qualitätsaspekten müßig. Die Reformentscheidungen lenkten vom eigentlichen Ziel ab, schulische Leistungen zu sichern und zu steigern.

Wissenschaftliche Studien zu wichtigen Erkenntnissen der Gestaltung lernwirksamen Unterrichts oder Metastudien wie die von Prof. Hattie waren nicht Basis der politischen Entscheidung.

Hattie führt unter anderem an, dass die durchschnittliche Effektstärke des 'Teacher as activator', d.h. der aktiven und geführten Instruktion, mit bedeutsamen 0,60 markant höher ist als die des 'Teacher as facilitator' mit 0,17.

Die 2016 f. veröffentlichten Leistungsvergleichsstudien, wie der IQB-Bildungstrend, offenbarten, dass einerseits die Risikogruppe nicht wirksam reduziert wurde, andererseits leistungsaffine Schüler zu wenig gefördert wurden. Es gab keine nachhaltige Antwort auf die Heterogenität der Schüler, welche mit der ersatzlosen Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung zumindest in kognitiver Hinsicht noch provoziert wurde und in manchen Eingangsklassen des Gymnasiums zu einem Erosionsprozess der Unterrichtsqualität führte.

Es gibt schlichtweg Schüler, die falsch beschult sind – auch mit Blick auf ihr sozial-emotionales Verhalten, das bewährte Lernstrukturen mindestens stört. Lehrer sind keine Zauberer, die jeden weniger Interessierten und Begabten ans Ziel führen können. Das Gymnasium hat die Studierfähigkeit zum Ziel und die Ausbildung einer zukünftigen Elite mit vertieftem Allgemeinwissen und profundem Fachwissen in begabungsorientierten Schwerpunkten der Schüler als Fokus. Nicht jeder Schüler ist in dieses leistungsorientierte System inkludierbar.

Ich wünsche den Kollegen, dass sie nicht an modeorientierten Aufgaben zerbrechen, sondern Freude am Lehrerberuf haben. Lehrer sind primär Wissensvermittler. Ein Ziel des Q-Konzepts ist es, Bewährtes fortzuschreiben und die Professionalisierung von Lehrern evidenzbasiert zu unterstützen.

>> Die Teilnehmer der JuPhi-Klausur

JuPhi Klausur

Das neue Team der Jungen Philologen unter der Landesvorsitzenden Martina Scherer mit den drei Stellvertretern Laura Schönfelder, Pascal Maucher und Maximilian Röhricht, lud am Samstag, dem 24. November 2018, zur Klausurtagung in die Landesgeschäftsstelle ein. Nach temporärem Mangel an Schlüsselkompetenz, der allerdings mit einem Stehimbiss im Treppenhaus überbrückt werden konnte, konnte in der Landesgeschäftsstelle mit der Arbeit begonnen werden.

Der Sitzungssaal war sehr gut gefüllt, denn aufgrund einer Einladung an alle satzungsmäßigen Jungen Philologen folgten dieser mehr als eine Handvoll neue Mitglieder. Die Kolleginnen und Kollegen fanden sich in Stuttgart ein, um an einem für junge Lehrer hart verdienten freien Samstag über Bildung, das Leben und Leid an der Schule sowie die Ziele und Wünsche der Jungen Philologen zu diskutieren.

Und ja, das taten sie alle! Aus allen Bezirken und (fast) jedem Fachbereich war eine Vertreterin oder ein Vertreter vor Ort. Es war eine erfrischende Sitzung mit heiß diskutierten Themen um die Positionen der Jungen Philologen.

Die zentrale Arbeit war ein Flyer, der den Referendarinnen und Referendaren bei den Seminarvorstellungen im Januar 2019 zum ersten Mal ausgelegt werden soll.

Die Themen der Klausur konnten aufgrund des regen Austausches nicht alle abgearbeitet werden und wurden teilweise auf eine Arbeitssitzung vertagt, die im Februar stattfinden soll.

Für die kommende Klausur haben sich bereits Teilnehmer angemeldet, die an der Arbeit des Philologenverbandes interessiert sind und gerne etwas bewegen möchten. Themen dieser kommenden Klausur werden die Arbeit an der Satzung und Ehrensatzung, die Überarbeitung der Präsenz der Homepage, das Agenda-Setting für die JuPhi und die Entwicklung konkreter Ideen für die Broschüre zur Probezeit sein.

Dazu sind alle neuen und alten JuPhi wie immer herzlich eingeladen, wir treffen uns am Samstag, dem 23. Februar, von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in der Alexanderstraße 112 in Stuttgart.

Anmeldungen unter:
martina.scherer@phv-nordbaden.de

Wir freuen uns auf Euch!

Martina Scherer

>> *v.l.n.r.:* Christian Unger *(Bezirksvorsitzender NW)*, Andrea Pilz *(BPR-Mitglied)*, Andrea Wessel *(BPR-Vorstand und stellv. Bezirksvorsitzende NW)*, Edelgard Jauch *(BPR-Vorsitzende)*, Martin Brenner *(Bezirksrechner NW und neu gewählter Landesschatzmeister)*

Nord-Württemberg schult ÖPR und Wahlvorstände für die Personalratswahlen 2019

Am 5. Dezember 2018 begrüßte der neue Landesvorsitzende und ehemalige Bezirksvorsitzende Ralf Scholl die rund fünfzig Örtlichen Personalräte aus Nord-Württemberg im Europasaal des Regierungspräsidiums Stuttgart. Er berichtete über Aktuelles zu den Reisekosten, der Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung und ermutigte zur Kandidatur bei den Personalratswahlen 2019.

Edelgard Jauch leitete und führte als neue BPR-Vorsitzende souverän durch das Programm der 5. LPVG-Schulung. Sie erläuterte zusammen mit Andrea Wessel (BPR-Vorstandsmitglied) und Andrea Pilz (BPR-Mitglied) die Beteiligungsrechte der Personalräte. Praktische Probleme der Personalratsarbeit wurden angesprochen und Fragen der Örtlichen Personalräte beantwortet.

Eine Stunde lang referierte im Anschluss Martina Link, Fachberaterin für Arbeits- und Gesundheitsschutz am Regierungspräsidium Stuttgart, über die Möglichkeiten des ÖPR, das Wohlbefinden im Kollegium tatkräftig zu unterstützen. Sie verwies auf die Mitbestimmungsrechte bei Arbeits- und Gesundheitsschutz, regte zu Gesundheitstagen an und wies auf die Gesundheitskurse hin, die an den Schulen durchgeführt werden können.

Nichtsdestotrotz ist auch sie sich bewusst, dass die effektivsten Gesundheitsmaßnahmen für Lehrkräfte eine Reduktion des Klassenteilers sowie eine Reduktion des Deputats bedeuten würden. Diese Forderungen stellen sowohl die Personalräte auf allen Ebenen als auch der Philologenverband Baden-Württemberg seit Jahren.

Am Nachmittag stießen rund zwanzig Wahlvorstände verschiedener Schulen dazu. Martin Brenner, Vorsitzender des Hauptwahlvorstandes und BPR-Mitglied, stellte das recht komplizierte Wahlverfahren vor. Er beantwortete überzeugend alle an ihn gerichteten Fragen. Die Arbeitnehmer vertritt im Bezirk Nordwürttemberg Harald Opitz als Bezirkswahlvorstand.

Das Schlusswort der Schulung erhielt Christian Unger, frisch gewählter Bezirksvorsitzender des PhV Nordwürttemberg. Er bedankte sich für die rege Teilnahme und Mitwirkung bei dieser Schulung, die letztendlich den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen zu Gute kommen soll.

Am 17. Dezember fand eine zweite inhaltsgleiche Schulung statt, zu der sich weitere 75 ÖPR angemeldet hatten.

Andrea Wessel

Schulvertreterversammlung NW in Schwäbisch Gmünd am 15. und 16. November 2018

Nord-Württembergs Schulvertreter stellen Weichen für die Zukunft

Wie jedes Jahr trafen sich die Schulvertreter des Bezirks Nord-Württemberg in der 'Bildungsstadt' Schwäbisch Gmünd, wo sie diesmal von Oberbürgermeister Richard Arnold persönlich begrüßt wurden. Ihm war es ein besonderes Anliegen, dieses Forum zu nutzen und sein klares Bekenntnis zum Gymnasium und seine Wertschätzung gegenüber der Lehrerschaft auszudrücken.

Ein weinendes und ein lachendes Auge

Die diesjährige Schulvertreterversammlung stand ganz im Zeichen des Aufbruchs, wurde jedoch von einem kleinen Wermutstropfen getrübt. Ralf Scholl trat als Vorsitzender des Bezirks Nordwürttemberg zurück, um sich nun ganz den Aufgaben als Landesvorsitzender widmen zu können. Dafür wünscht ihm sein 'alter' Bezirk ganz viel Energie und Ausdauer! Andrea Wessel würdigte ihn in ihrer Rede als »kämpferischen und ritterlichen Vertreter des Philologenverbandes«, der nun den PhV auf oberster Ebene im Land repräsentieren, aber auch seinen Bezirk nicht aus den Augen verlieren werde.

In seiner letzten Rede als Bezirksvorsitzender informierte Ralf Scholl über die Veränderungen an der Landesspitze und gedachte des langjährigen Landesschatzmeisters, Dr. Andreas Horn, der völlig überraschend im Sommer verstorben war. Zu seinem Nachfolger wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung Martin Brenner gewählt, der aus diesem Grund sein Amt als Bezirksrechner auf der SVV niederlegte.

Ralf Scholl merkte an, dass die Verjüngung im Verband die Entwicklung an den Schulen spiegele, was positiv zu sehen sei.

Ausdrücklich dankte Scholl den Schulvertretern, denn »ohne sie geht nichts im Verband, sie sind die Verbindung in die Kollegien«. Ihre Arbeit ist von großem Wert, gerade im Wahlkampf.

>> Verabschiedung der langjährigen Regional- und Schulvertreterin sowie BPR-Vorsitzenden Liane Voß *(Mitte)* und des Bezirksrechners Martin Brenner *(2. von rechts)* durch den neuen Bezirksvorsitzenden Christian Unger *(rechts)*.

>> Ralf Scholl wird als Vorsitzender des Bezirksverbandes Nordwürttemberg verabschiedet.

Die Verjüngung des Verbandes zeigte sich auch bei der nun folgenden Wahl des kompletten Bezirksvorstandes von Nordwürttemberg.

Die Schulvertreter sprachen Christian Unger (42) das Vertrauen aus und wählten ihn mit großer Mehrheit zu ihrem neuen Vorsitzenden. Er bedankte sich und kündigte an, vermehrt auf die einzelnen Mitglieder zuzugehen und sie einzubeziehen, um den Bezirk gestärkt in die Zukunft zu führen. Als besonders wichtig strich er den Team-Gedanken heraus, der sich auch im neuen Bezirksvorstand zeigt.

Als seine Stellvertreterin wurde erneut Andrea Wessel gewählt, die für wohltuende Kontinuität im Landesvorstand sorgt und mit ihrer langjährigen Erfahrung unserem neuen Vorsitzenden zur Seite stehen wird. Als Rechner wurde Peter Landfried gewonnen, der neben dieser Tätigkeit den Vorstand in organisatorischen Fragestellungen entlasten wird. Die neue Schriftführerin ist Laura Schönfelder, die gleichzeitig JuPhi-Vorsitzende von NW ist und damit vor allem den jungen Kollegen im Vorstand eine Stimme verleiht. Als Beisitzer wurden Alex Epp und Ursula Kampf gewählt, mit denen Kontinuität und Innovation im neuen Bezirksvorstand gelebt wird.

Personalratswahl wirft Schatten voraus

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Schulvertreterversammlung war natürlich die im Mai anstehende Personalratswahl. Um über den Wahlkampf zu informieren, reiste die stellvertretende PhV-Vorsitzende und Vorsitzende der Wahlkampfkommission (WAKAKO), Karin Fetzner, an. Sie stellte die bisherigen und noch geplanten Aktionen vor und alle Schulvertreter durften bereits für ihre Schulen Geschirrtücher mitnehmen, um damit in den Kaffeeküchen aller Gymnasien eifrig für den Verband zu werben.

Begeistert wurde auch Karin Fetzners Idee eines Mitgliedsausweises von den Teilnehmern aufgenommen.

Nach einem vergnüglichen Abend bei Wein und Jazz-Untermalung verabschiedeten die Schulvertreter am nächsten Tag in einer konzentrierten und konstruktiven Atmosphäre die Kandidatenlisten für die Personalratswahlen und stellten somit die Weichen für die Zukunft.

Im Anschluss daran folgten die Informationen aus den Stufenvertretungen.

Jörg Sobora berichtete aus dem HPR unter anderem über die Beförderungssituation, das neue Qualitätskonzept, die Reisekostenerstattung und die Dokumentation der Unterrichtssituation, bei der sich zeigt, dass gymnasiale Lehrkräfte seltener wegen Krankheit, Fortbildung oder Mutterschutz ausfielen und die Zahl der Langzeiterkrankten geringer war als erwartet (<1 Prozent). Edelgard Jauch informierte aus dem BPR über die Unterrichtsversorgung, Versetzungswünsche und die Situation der KV-Kräfte.

Danach folgten die Berichte von Ursula Kampf (Arbeitnehmer), Laura Schönfelder (JuPhis) Gerhard Isringhausen und Gerhard Scheu (Senioren) sowie Karl-Heinz Wurster (Pensionäre). Hier wurde deutlich, wie wichtig der Zusammenhalt aller Mitglieder ist, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen.

Den Abschluss des Tages bildete der Vortrag von Ralf Scholl zur Oberstufenreform mit Ergänzungen durch Horst Kirra. Damit bekamen die Schulvertreter wichtige Informationen an die Hand, um die offenen Fragen der Kolleginnen und Kollegen fundiert beantworten zu können.

Laura Schönfelder, Schriftführerin NW

>> Richard Arnold, Oberbürgermeister von Schwäbisch Gmünd, begrüßt die Mitglieder des PhV NW.

Fotos: Thomas Langer

>> Der Bundesvorstand lauscht gespannt den Worten des ehemaligen Vorsitzenden des PhV Baden-Württemberg Bernd Saur.

Bernd Saur vom Bundesvorstand des DPhV verabschiedet

Bernd Saur wurde am Freitag, dem 8. November 2018, in Göttingen vom Bundesvorstand des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) feierlich verabschiedet. Es war ein Ausklang der Extra-Klasse für einen Menschen, der dem Philologenverband Baden-Württemberg auf Bundesebene immer ein markantes Gesicht gegeben hat und sich auch nach seinem freiwilligen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen stets für unseren Verband einsetzt. **gbw**

>> Bernd Saur referiert gut gelaunt vor dem Bundesvorstand und der Kamera.

>> Susanne Lin-Klitzing *(Vorsitzende des DPhV)* und Bernd Saur sind freundschaftlich verbunden.

Veränderungen im Redaktionsteam

Das Redaktionsteam unserer Zeitschrift Gymnasium Baden-Württemberg hat Zuwachs erfahren. Neben den arrivierten Mitstreitern sind jetzt neu Bettina Hölscher und Christine Waibel (beide BV Südbaden) mit im Team. Damit ist nun auch der Bezirksverband Südbaden in Doppelbesetzung vertreten, was sich bereits in dieser Ausgabe sehr schön widerspiegelt. Bettina Hölscher konnte sich hierbei bereits aktiv einbringen und Christine Waibel hat nun als neues Mitglied an der Korrektur dieser Ausgabe mitgewirkt. Wir wünschen unseren beiden neuen Redakteurinnen alles Gute und freuen uns auf die (bereits) erfolgreiche Zusammenarbeit.

An der Redaktionsarbeit von 'Gymnasium Baden-Württemberg' Interessierte können sich jederzeit unter **gross.enver@phv-bw.de** melden.

>> Es herrscht große Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung zu den Kandidatenlisten.

>> Joachim Schröder, Vorsitzender des BV Südbaden, meldet sich zu Wort.

Hauptvorstand beschließt Kandidatenliste

Wichtigstes Thema bei der dritten Hauptvorstandssitzung dieses Jahres war die Aufstellung der Kandidatenlisten für die im Mai 2019 bevorstehenden Hauptpersonalratswahlen. Traditionsgemäß wird die umfangreiche Kandidatenliste vom derzeitigen HPR-Vorsitzenden Jörg Sobora (Platz 1) und dem Landesvorsitzenden des Philologenverbandes Baden-Württemberg, Ralf Scholl (Platz 2), angeführt. Aufgrund der gründlichen Vorarbeit des Landesvorstandes, der eine in jeder Hinsicht ausgewogene Vorschlagsliste für die ersten 32 Plätze erarbeitet hatte, konnte die Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten sehr zügig und einvernehmlich erfolgen.

Einen breiten Raum nahmen die Berichte der Landesvorstandsmitglieder und Referate sowie die Aussprache dazu ein. Der Landesvorsitzende Ralf Scholl wies dabei vor allem auf Gerichtsentscheidungen mit positiven Auswirkungen für die Lehrkräfte hin. Dies betrifft zum einen die außerunterrichtlichen Veranstaltungen. Hierbei wurde gerichtlich festgestellt, dass die Lehrkräfte nicht zum Verzicht oder Teilverzicht der Kosten aufgefordert werden dürfen. Des Weiteren führte bzw. führt der Beamtenbund gerichtliche Verfahren zum Thema 'Amtsangemessene Alimentation', die ebenfalls positive finanzielle Auswirkungen auf die Besoldung haben können. Der PhV Baden-Württemberg hat seine Mitglieder darüber ausführlich informiert und ihnen Musterwiderspruchsformulare zur Verfügung gestellt.

>> Helmut Hauser moderiert als Wahlvorstand die Verabschiedung der Kandidatenlisten des PhV BW für die bevorstehenden Personalratswahlen bei der Beschlussfassung zu den Kandidatenlisten.

>> Jörg Sobora referiert als Vorsitzender des Hauptpersonalrats.

Martin Brenner, der nach dem plötzlichen Tod von Dr. Andreas Horn das Amt des Schatzmeisters übernommen hatte, konnte von einer gut gefüllten Kasse und weiter steigenden Mitgliederzahlen berichten, so dass der Landesverband auch für die bevorstehenden Personalratswahlen bestens gerüstet ist.

Als neue Funktionsträgerin stellte sich Claudia Grimm vor, welche in Nachfolge von Karin Kriesell das Referat Chancengleichheit übernommen hat. Die stellvertretende Landesvorsitzende Karin Fetzner nahm die Gelegenheit wahr, Karin Kriesell für ihre langjährige Tätigkeit auf diesem Gebiet mit einem Blumenpräsent zu danken.

Die Schriftleitung der Verbandszeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg' musste nach dem plötzlichen Tod von Dr. Andreas Horn ebenfalls neu besetzt werden. Enver Groß hat diese umfangreiche Tätigkeit dankenswerterweise übernommen. Der neue Schriftleiter nahm die Gelegenheit wahr, sein Redaktionsteam und sich selbst dem Gremium vorzustellen. Besonderer Dank galt hier dem 'Übergangsredakteur' Hans-Eckhard Giebel, dessen spontanem Einsatz es zu verdanken ist, dass auch die letzte Ausgabe von 'Gymnasium Baden-Württemberg' letztes Jahr in gewohnter Weise erscheinen konnte.

Weiter galt es, eine große Fülle von Anträgen zur Berufs- und Bildungspolitik sowie zu internen Themen zu beraten und zu verabschieden. Besonders hervorzuheben ist dabei ein umfangreiches Positionspapier des PhV Baden-Württemberg zum Thema 'Digitalisierung im Bildungsbereich', das vom Bildungspolitischen Arbeitskreis unter Leitung von Stefanie Wölz und Andrea Pilz erarbeitet wurde. Auch dieses Papier wurde einstimmig verabschiedet und dient nun unserem Landesverband als Leitfaden zu diesem höchst aktuellen und brisanten Thema.

Helmut Hauser

>> Karin Kriesell, langjährige Beauftragte für Chancengleichheit und ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende im PhV BW, wird auf der Hauptvorstandssitzung verabschiedet.

alle Fotos: Anne Kiehn

>> Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung

Außerordentliche Schulvertreterversammlung

Die Personalratswahlen im Mai 2019 rücken näher. Deshalb haben sich Schulvertreterinnen und Schulvertreter aus allen Teilen des Bezirks Südbaden, abweichend vom üblichen zweijährigen Turnus, am 8. November 2018 zu einer Sitzung im traditionellen Saig eingefunden, um unter anderem die Vorschlagslisten der Kandidaten im Landesverband für die bevorstehende Wahl zu diskutieren und festzulegen. Nachdem man sich auf den Abstimmungsmodus geeinigt hatte, folgte zügig die Abstimmung über die einzelnen Listenplätze für die Gesamtliste des Bezirks.

Die Zusammenkunft wurde auch synergetisch zur Information und zum kollegialen Austausch genutzt. Die beiden Vorsitzenden des Bezirks Südbaden, Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand, gaben ein PowerPoint gestütztes Kaleidoskop ihrer Tätigkeiten im BPR und im HPR, für die Mitglieder und mit ihnen. Ebenso benannten sie verschiedenste Veranstaltungen, welche sie in alter Manier bravourös absolvierten. Ein kommentarloser, anhaltender Applaus der Schulvertreterinnen und Schulvertreter zollte beiden den Dank, der ihrem Engagement mehr als gebührt. Ralf Derwing erläuterte gewohnt kurz und knapp die einzelnen Posten des finanziellen Budgets, Stephanie Gutgsell stellte geplante und durchgeführte Aktivitäten der JuPhi vor und Dieter Turbon, in Vertretung von Ingrid Fischer, betonte die wichtige Unterstützung des Verbandes auch seitens derjenigen, die nicht mehr im aktiven Berufsalltag stehen.

>> Claudia Hildenbrand und Joachim Schröder im Gespräch mit den Mitgliedern

>> *v.l.n.r.:* Claudia Hildenbrand *(stellvertretende Vorsitzende PhV BV Südbaden)*, Karin Fetzner *(stellvertretende Landesvorsitzende PhV BW)*, Ralf Scholl *(Landesvorsitzender PhV BW)*, Joachim Schröder *(Bezirksvorsitzender PhV Südbaden)*

Ganz besonders freute sich das Gremium, dass sich der neu gewählte Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg, Ralf Scholl, zu ihnen gesellte, um ausführlich sowohl über aktuelle bildungspolitische Themen wie Einstellungssituation, Qualitätskonzept des Kultusministeriums, Gemeinschaftsschulen, Deputatsstunden, als auch über die neue Kursstufe des Abiturs zu berichten. Begleitet wurde er von Karin Fetzner, der stellvertretenden Vorsitzenden, die auch als Vorsitzende der Wahlkampfkommission fungiert. In dieser Funktion erläuterte sie die Planung und Durchführung der schon begonnenen Wahlkampfaktivitäten. Eine nachfolgende Aussprache rundete das erste Treffen dieser Art motivierend und harmonisch ab und, mit originellen Anregungen im Gepäck, konnten die beiden Vorsitzenden wieder in die Landesgeschäftsstelle nach Stuttgart zurückkehren.

Am Ende war man sich einig: Es ist schön, aktiv Bildungspolitik und Verbandsarbeit mitgestalten zu können.

Michaela Schottenbauer, Schriftführerin PhV BV Südbaden

Bild: dieter76/AdobeStock

Ein Technik-Upgrade zum Jahresende

In der Zentrale des Verbandes,
in Stuttgart, Hauptstadt unsres Landes,
gab‘s ein Problem zum Jahresende
aufgrund der neu’sten Technikwende:

ISDN, bewährt nun schon
als Technik für das Telefon
seit langen Zeiten, ist veraltet.
Zum Jahresend’ wird’s abgeschaltet.

Geschäftsstell’ ohne Telefon
ist zwecklos, ja der pure Hohn!
Zentrale ohne Mail-Kontakt
würd’ besser sofort dicht gemacht!
’ne Lösung muss schnell auf’s Tapis –
Wer eine kennt, der äuß’re sie!

Ein Technik- und ein Preisvergleich
die werden angestellt sogleich:
Geseh’n von Preis und Leistung her
die optimale Lösung wär,
dass die gesamte Tel’fonie
wird umgestellt jetzt auf IP*
und Internet per Fernseh-Kabel:
Höchstes Tempo – sehr rentabel.

Der Wechsel-Antrag wird gestellt,
doch dann die Anschlussdose fehlt!
Im Keller schon die Leitung endet.
Hier wurd’ damals kein Geld verschwendet.
Das hielt man vor rund vierzig Jahren
im Schwabenland für sinnvoll sparen.

»Wie’s Kabel zieh’n?« ist jetzt die Frage,
»Das geht ganz einfach«, sagt der Knabe
der Kabel-Firma: »Durch den Schacht
mit Leitungsrohren wird’s gemacht.«

Brillante Idee! – Doch gebaut nur auf Sand.
Enttäuscht wird die Hoffnung beim Öffnen der Wand:
Zwecks Brandschutzdämmung wurde der Schacht
mit Zwischendecken rauchdicht gemacht.

Wenn es innen nicht geht, was ist übrig dann noch?
An der Außenwand hoch, dann hinein durch ein Loch!
Die Idee klingt sehr gut, sie hat nur ein Problem:
Ist die Optik dem Denkmalschutz dann noch genehm?
So wurde beim Denkmalschutz prompt angefragt,
der am 20.12. dann »ja« dazu sagt.

Terminlich wird es jetzt allmählich schon knapp,
zwei Mann hält die Arbeit vier Stunden auf Trab.
Am Freitag um elf stehen sie vor der Tür:
»Der Auftrag wird fertig problemlos bis vier,
uns’re Laune ist gut und wir sind nicht in Eil’.«
Doch der Teufel – wie oft – ist versteckt im Detail.
Keine drei Stunden später, nach vielen Versuchen,
kann der Chef dieses Trupps nur noch hemmungslos fluchen:

Die Arbeitstrupp-Leiter ist einfach zu klein:
ist neun Meter nur – siebzehn müssten es sein!
So erklärt er geschlagen, mit saurer Miene:
»Da brauchen wir eine Hebebühne.
Die hab’n wir nicht in unsrem Haus,
die leiht man sich am Besten aus.«
»Woher jetzt schnell?«, das ist die Frage.
‘ne Blitz-Recherche klärt die Lage.

Gesucht wird eine Viertelstunde
und noch gibt’s keine frohe Kunde.
In Stuttgart findet sich kein Treffer.
Also auf’s Land in kleinre Käffer!
»In Kirchheim/Neckar!« »Wo ist das?«
»Bei Mundelsheim.« – »Wird das ein Spaß!«

Ins Auto der Vorsitzende steigt
das Navi ’ne dreiviertel Stunde ihm zeigt.
Kaum an- dort gekommen – um zwanzig vor vier,
trifft auf unverhohlene Skepsis er hier:

Denn der Verleih ist nicht begeistert,
bezweifelt, dass ein Laie’s meistert.
»In Stuttgart gibt’s doch MPE**,
fahr’n Sie dahin! – Ich buch’ für Sie.«

* sprich: Ai Pi; engl. Abk. für Internet Protocol

** sprich: Em Pe E

So wird er stracks zurück geschickt.
In Stuttgart's aber endlich glückt:
Die Laster-Hubbühn' ausgelieh'n!
Mit ihr gehts zur Geschäftsstell' hin.
Die nächste Schwierigkeit schon lauert:
Die Einfahrt dort ist eng gemauert.
Sie ist zwei fünfundachtzig weit,
das Fahrzeug ist zwei fünfzig breit.

Nicht ganz wie'n Kamel durch der Nadel ihr Öhr.
Doch ohne Erfahrung fällt reichlich es schwer,
dieses Fahrzeug von sechs Metern Länge
durch die Einfahrt hindurchzuzwängen.

Inzwischen ist's fünf durch. Es dunkelt.
Kein Stern durch die Wolkenschicht funkelt.
Wer ergreift jetzt der Hubbühne Steuer?
Den Monteuren ist das nicht geheuer.

»Wurd' der Vorstand nicht ein- schon gewiesen,
fünf Minuten beim Abhol'n von diesem
Hebeteil?« – Jetzt aufgrund von dem Wissen
ist die Lage für'n Vorstand besch....
Er muss in den Korb sich begeben,
17 Meter die Hauswand hoch schweben.

Im Korb mit ihm der Handwerksmann
für's Kabel Dübel jetzt bringt an.
Die Hand vor Augen sieht er nicht
zu dunkel ist es ohne Licht.
Wie gut: Sein Akkuschrauber
der leuchtet. So geht's sauber.

Drei Stunden später, wie bestellt,
der Anschluss dann ist hergestellt.
Das Modem wird noch installiert,
und eingestellt bis's funktioniert.

Das Zifferblatt zeigt schon nach neun
da kann man sich von Herzen freu'n:
Denn digital ist der Verband
jetzt auf der Technik neu'stem Stand.
So endet zwanzig achtzehn gut.
Das macht fürs neue Jahr doch Mut!

Und die Moral von der Geschicht'?
Die ist ganz einfach und ganz schlicht:
Erfolg hat nur, wer etwas wagt,
und bei Problemen nicht verzagt!
Entscheidend ist, ganz klar und klitze:
Der PhV ist weiter Spitze!

Ralf Scholl

Bild: CrazyCloud/AdobeStock

Bericht

Aus dem Bildungspolitischen Arbeitskreis (BAK)

Am 15. Dezember 2018 traf sich ein interessierter Kreis von Kolleginnen und Kollegen, um sich über die Neuerungen der gymnasialen Oberstufe (Abitur 2021) zu informieren und daraus resultierende bildungspolitische Konsequenzen zu diskutieren.

Zunächst informierte Andrea Pilz in einem Impulsvortrag über die Neuerungen des Abiturs 2021 sowie die noch nicht veränderten Rahmenbedingungen an beruflichen Gymnasien. Mit dem Abitur 2021 gibt es wieder fünfstündige Leistungsfächer, die schriftlich geprüft werden müssen. Neu ist auch, dass es dreistündige Basisfächer in Sprachen und Naturwissenschaften geben wird. Die Regelungen für die Seminarkurse werden durch eine verbindliche Präsentation ergänzt und damit präzisiert. Im Gegenzug entfällt die Präsentationsprüfung und es wird dafür zwei klassische mündliche Prüfungen geben. Dies wurde an anderer Stelle bereits in GBW veröffentlicht.

Die Anzahl der mündlichen Prüfungen, insbesondere in den Fächern Mathematik und Deutsch, wird steigen und somit in den ersten Jahren zu einer erheblichen Mehrbelastung, auch durch die Erstellung der mündlichen Prüfungsaufgaben, für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen führen.

Die gymnasiale Oberstufe an beruflichen Gymnasien ist momentan noch nicht von den KMK-Änderungen betroffen. Sobald die Neuerungen konkretere Formen annehmen, wird sich der Bildungspolitische Arbeitskreis mit dieser Fragestellung erneut beschäftigen.

Im Anschluss diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Rahmenbedingungen. Von einem bundesweit einheitlichen Abitur ist man weit entfernt. Dies zeigte das Englischabitur 2018. Bei diesem wurde in zwei Bundesländern ein Text aus dem IQB-Pool entnommen, die Aufgabenstellung, die Bearbeitungszeit und die ausgeteilten Hilfsmittel waren jedoch nicht identisch. Eine Petition der baden-württembergischen Abiturientinnen und Abiturienten erzielte innerhalb weniger Tage über 37 000 Unterschriften.

Auch die Problematik der Studienabbrecherquoten, die je nach Studienfach über sechzig Prozent betragen können *(s. auch GBW 1-2/2018 Etikettenschwindel 'Hochschulzugangsberechtigung' von Marcus Hahn und Ralf Scholl, S. 12 f)* wurde erörtert.

Für den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife am allgemeinbildenden Gymnasium spricht nach Auffassung der Diskussionsteilnehmerinnen und Diskussionsteilnehmer die wissenschaftspropädeutische Orientierung von Klasse 5 bis 12 (13), der Erhalt des sozialen Umfelds über einen sehr langen Zeitraum (Freunde und gleiche Interessen), eine breite, vertiefte Allgemeinbildung, die zielgerichtete Ausbildung und Qualifizierung für ein universitäres Studium mit der Vermittlung einer echten Studierfähigkeit statt einer reinen Hochschulzugangsberechtigung sowie die Persönlichkeitsentwicklung gemäß dem humboldtschen Bildungsideal.

Der nächste BAK findet voraussichtlich **am Mittwoch, dem 15. Mai 2019** in Stuttgart statt.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die lebhafte, engagierte Diskussion und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen.

Andrea Pilz und Stefanie Wölz
(Referat Bildungspolitik)

>> Teilnehmer des BAK ***v.l.n.r.:*** **Jörg Sobora, Cord Santelmann, Christoph Roemett, Christian Unger, Tobias Heinrich, Maximilian Röhricht, Thomas Pierdzioch, Wolfang Buhmann** ***(hinten)*****, Stefanie Wölz, Roswitha Raffelt, Karin Fetzner, Martina Scherer, Andrea Pilz** ***(vorne)***

Foto: Enver Groß

Ein gemeinsames Setup für Örtliche Personalräte und Schulleitungen

Rückblick auf den Team-Tag des PhV Südbaden

von Bettina Hölscher

Vertrauensbildende Maßnahmen fördern ein erfolgreiches gemeinsames Arbeiten. Das gilt erst recht, wenn die vertrauensvolle Zusammenarbeit verpflichtend vorgeschrieben ist, wie das im LPVG geschieht. Diese Überlegung gab beim PhV Südbaden im Jahr 2016 den Anstoß, Schulleitungen die Perspektive der Personalräte nahezubringen. Auf Anregung der Schulleiter wurden dann im Folgejahr die Vertreter der Örtlichen Personalräte ebenfalls eingeladen. Diese Veranstaltung hat sich nun etabliert, sodass sich am 19. November 2018 die Schulleitungen und Personalräte aus 18 Schulen des Bezirks Südbaden in Saig trafen, um ihre Zusammenarbeit zu überdenken und zu festigen. Die Organisation und Leitung des Tages lag bei Joachim Schröder, dem Vorsitzenden des PhV Südbaden und des Bezirkspersonalrats Freiburg, und Claudia Hildenbrand, der stellvertretenden Vorsitzenden aus Südbaden und Mitglied im BPR und HPR.

Vom Scheffel-Gymnasium in Lahr nahmen Schulleiterin Sabine Rühtz und Turan Dardagan, Vorsitzender des ÖPR, an dem Treffen teil. »Für mich ist in Erinnerung geblieben, dass es unheimlich gut war, aus dem schulischen Rahmen herauszukommen. Das beginnt schon mit der gemeinsamen Autofahrt und setzt sich im Schulungsseminar fort – einfach mal raus aus dem alltäglichen Kontext«, beschreibt Turan Dardagan das Besondere dieses Tages. Schulleiterin Sabine Rühtz betont: »Ich fand besonders wichtig, dass ich nicht nur unter Schulleitern oder Mathelehrern oder Geschichtslehrern war, sondern endlich einmal eine Fortbildung mit dem Personalrat zusammen besuchen konnte. Darauf hatte ich schon lange gewartet, weil man normalerweise mit diesen Kollegen nicht auf Fortbildung ist, aber mit ihnen viele Berührungspunkte hat. Sonst könnte man schnell auf den Gedanken kommen, dass der Personalrat nur für die Lehrer da ist und man niemanden hat, an den man sich wenden kann, wenn man als Schulleitung vor Probleme gestellt wird.«

>> Schulleiterin Sabine Rühtz und ÖPR-Vorsitzender Turan Dardagan im Gespräch miteinander

Am Vormittag frischten Claudia Hildenbrand und Joachim Schröder das Wissen der Teilnehmer auf, indem sie die Bereiche der Mitwirkung und Mitbestimmung des ÖPR aufzeigten und anhand von Beispielen veranschaulichten – immer in Hinblick darauf, wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gelingen und vermeidbaren Konflikten vorgebeugt werden kann. Damit war, wie es Turan Dardagan formuliert, ein 'gemeinsames Setup' gegeben, auf dem die Arbeit am Nachmittag aufbauen konnte und auf das sich in Zukunft beide Seiten berufen können. Nach dem Mittagessen war dann Zeit zum eher freien Austausch untereinander. Schulleiterin Sabine Rühtz fiel auf, »dass einige eher unter sich bleiben und die Schulleiter die Gelegenheit nutzen wollten, mit ihrem eigenen Personalrat zu sprechen, da dazu an manchen Schulen im Alltag wenig Freiraum zu bestehen scheint.« Ein Vorteil kommt bei einem solchen Team-Tag hinzu, nämlich »dass es eine kompetente höhere Instanz gibt«, meint Personalrat Dardagan. »Wenn man in der Diskussion nicht weiterkommt, kann man zu Joachim Schröder oder Claudia Hildenbrand gehen und nachfragen, ob sie schon einmal einen ähnlichen Fall hatten.« Das Team des Scheffel-Gymnasiums Lahr setzte sich an diesem Nachmittag unter anderem damit auseinander, dass die Schulleitungen und Personalräte rechtzeitig Regelungen für die Abituraufsichten bei der neuen Abiturverordnung finden. Dabei müssen sie gemeinsam überlegen, wie sich die voraussichtlich wesentlich höhere Anzahl an Aufsichten organisieren lässt. So konnte mögliches Konfliktpotenzial erkannt und der Konsens erreicht werden, dass sich dieses Problem nur im Austausch zwischen Schulleitung und Personalrat für die gesamte Schule gut lösen lässt. Allerdings hätten sich sowohl Sabine Rühtz als auch Turan Dardagan für den Nachmittag noch stärker vorgegebene Strukturen und Fragestellungen gewünscht, zum Beispiel »das konkrete Arbeiten an Fallbeispielen, die immer wieder kommen und die der Bezirkspersonalrat ja bestimmt vorliegen hat, um zu sehen, wie ein bestimmter Konflikt gelöst worden ist.« Der Austausch mit anderen Schulen darüber, wie organisatorische Schwierigkeiten und die zunehmende Menge an außerunterrichtlichen Aufgaben bewältigt werden können, steht als weiteres Thema auf der Wunschliste der beiden für den Team-Tag im nächsten Jahr.

Das Fazit von Schulleiterin und Personalratsvorsitzendem am Scheffel-Gymnasium Lahr fällt dennoch positiv aus: »Ich weiß jetzt, dass ich mit Frau Rühtz so einen Crash-Kurs gemeinsam erlebt habe, auf den ich mich beziehen kann«, resümiert Turan Dardagan, »und das hat das Verhältnis noch positiver gestaltet, als es eigentlich sowieso schon war.« Auch wenn es also gerade keinen Streit gibt, bildet diese Tagung einen wichtigen Baustein in der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Personalvertretung und Schulleitung einer Schule. HI

’Bildschirmmedien und Kinder’

Bericht über die Tagung am 20. Oktober 2018 in Offenburg, im Rahmen der Reihe futur iii: Digitaltechnik zwischen Freiheitsversprechen und Totalüberwachung, konzipiert von Ralf Lankau, Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg

von **Karin Fetzner**
Stellvertretende Landesvorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Diese Tagung beschäftigte sich mit dem Schwerpunkt ’Bildschirmmedien und Unterricht’ und beleuchtete diese Frage aus verschiedenen Blickwinkeln. Es folgt eine kurze Übersicht über die einzelnen Referenten und ihre Themen:

Hat die Digitalisierung der Lebenswelten unserer Kinder und Jugendlichen so viele Vorteile?

Dr. med. Uwe Büsching, Kinder- und Jugendarzt

Viele Politiker, Führungskräfte der Industrie, manche Pädagogik-Wissenschaftler und Journalisten in diversen Medien sind der Überzeugung, dass die Schulung und Beherrschung digitaler Techniken die Grundlage dafür bilde, dass Kinder heute gut für die Zukunft vorbereitet sind. Kritik an diesem Konzept wird als ’rückwärtsgewandt’ abgewertet. Dr. Büsching war Projektleiter für den Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte bei der BLIKK-Studie, die sich mit dem Gebrauch von digitalen Medien und seinen Folgen im Kindesalter beschäftigte. Es wurde nach Zusammenhängen zwischen Medien-Nutzungszeiten und psychischen und physischen Auffälligkeiten im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen gesucht. Dabei zeigte sich eine klare Verbindung zwischen Sprachentwicklungsstörungen und Nutzungsdauer digitaler Medien bei Kindern und Eltern. Ebenso findet man Korrelationen bei LRS, Aufmerksamkeitsschwäche, Aggressivität sowie Schlafstörungen, wenn der Umgang mit digitalen Medien nicht dem Alter angemessen war, oder, bei kleinen Kindern, nicht unterbunden wurde.

*Ein Zitat dazu sagt alles: **»Sprechen lernt man nicht durch Sehen!«***

Die Rechnung kann nicht ohne den Wirt gemacht werden – das Gehirn des Kindes

Prof. i. R. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt, Neurobiologin an der Universität Bielefeld

Kurz zusammengefasst: Eine einseitige Beschäftigung, zum Beispiel mit Computerspielen, lässt im Hirn wenig genutzte Leitungen verkümmern, dies führt zu Suchtgefahren sowie zu sprachlichen und motorischen Defiziten (’kognitive Inkompetenz’). Stattdessen ist angesagt: »Bring your own brain!«. Wichtig sind motorische Aktivität und direkte Kommunikation, um die plastische Formbarkeit des Gehirns anzuregen, d.h. die Möglichkeit, dass sich Synapsen, Nervenzellen oder ganze Hirnareale zur Optimierung laufender Prozesse nutzungsabhängig in ihrer Funktion und Anatomie verändern. Bei Kindern werden Kleinhirn-Verschaltungen über das Gleichgewicht angebahnt, also ist körperliche Bewegung zwingend notwendig, denn damit wird Sprechen, Schreiben und Lesen vorbereitet. Ein zu früher Gebrauch von optischen Medien lässt die Reifung synaptischer Kontakte verarmen.

*Zitat: **»Man kann nur analog durch Erfahrungen statt durch Daten lernen!«***

Die digitale Transformation der Gesellschaft als Herausforderung für die Bildung – der Versuch einer regionalen Koordination und Evaluation am Beispiel der Bildungsregion Ortenau

Thomas Breyer-Mayländer, Professor für Medienmanagement an der Hochschule Offenburg

Den gesellschaftlichen Veränderungen aufgrund der Digitalisierung muss auch der Bildungsbereich, insbesondere im Bereich der Sekundarstufe, Rechnung tragen. Es gibt heterogene Erwartungen aus Politik, Wirtschaft und dem Bildungswesen. Alle scheinen auf den Zug aufzuspringen, aber die Diskussion über die Wagenreihung und die Fahrtrichtung hält an. Die Bildungsregion Ortenau hat sich zum Ziel gesetzt, Hilfestellung zu leisten, um einen differenzierten und Erfolg versprechenden Umgang mit der Digitalisierung im Bildungssektor zu ermöglichen.

*Zitat: **»Beton – es kommt darauf an, was man daraus macht!«***

Bildung in der digitalen Welt – eine Standortbestimmung

Michael Zieher, Ministerialrat im Kultusministerium

Die Kultusministerkonferenz hat im Dezember 2016 das Strategiepapier ’Bildung in der digitalen Welt’ verabschiedet und veröffentlicht. Darin sind die wesentlichen Handlungsfelder der Thematik benannt, die zunehmend auch Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen, Schulverwaltung und Schulträger beschäftigt. Die zentrale Frage dabei >>

ist, wie es gelingen kann, altersangemessen in den verschiedenen Schularten unseres Bildungssystems die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die digitalen Möglichkeiten – dort, wo es Sinn macht – im Sinne einer Vorbereitung auf das Leben in der Gesellschaft und auf die Arbeitswelt in den Unterricht aufgenommen werden können.

Zitat aus einer Verwaltungsvorschrift: ***»Schulen sollen mit den Schulträgern einen Medienentwicklungsplan als Voraussetzung zum Erhalt von Geldern aus dem Digitalpakt erstellen.«***

Polizeiliche Medienprävention

Sonja Hoffmann, Kriminalhauptkommissarin und Referentin des Polizeipräsidiums Offenburg für Kriminalprävention

Kultus- und Innenministerium haben in Baden-Württemberg eine bundesweit einzigartige Kooperation geschlossen, die mit dem Konzept 'Polizeiliche Prävention auf dem Stundenplan' Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern und Lehrkräfte, über Mediengefahren aufklären soll. Im Vortrag werden die Inhalte der polizeilichen Prävention aufgezeigt, wichtige Stichworte dazu sind Cybermobbing, Persönlichkeitsrechte, legale und illegale Downloads, Urheberrecht und Passwortsicherheit. Bei jedem Kriminalhauptquartier der Polizei kann man sich dazu Informationen und Hilfe holen!

WLAN an Schulen und Alternativen

Peter Hensinger, Mitinitiator des Bündnisses für humane Bildung, Stuttgart

Schulen ans Netz, Smartphones und Tablets einsetzen, das bedeutet die Installation von WLAN. Doch das Bundesamt für Strahlenschutz, das Umweltbundesamt, Ärzteverbände und selbst die Telekom empfehlen, WLAN nicht in Aufenthalts-, Arbeits- und Schlafräumen zu betreiben. Hintergrund ist eine Studienlage, die auf Krankheitsrisiken hinweist. Dazuhin ist WLAN ein lizenzfreies, offenes Netz, in dem Datenschutz schwer zu verwirklichen ist. Braucht es WLAN für das Lernen mit digitalen Medien? Gibt es Alternativen? Obwohl das KM und die GEW glauben, dass WLAN an Schulen installiert werden müsse, gibt es Risiken, wie zum Beispiel im NZZ-Artikel beschrieben: 'Handy-Strahlung wirkt aufs Gehirn!' Deshalb wird auch gefordert, auf WLAN zu verzichten und stattdessen zum Beispiel auf Kabel oder VLC (Visible Light Communication) auszuweichen.

Die dunkle Seite des Marketings – crossmediale Werbung gegen Kinder

Ingo Leipner, Diplom-Volkswirt, Autor von 'Die Lüge der digitalen Bildung'

Er greift ein wichtiges Thema aus dem Buch 'Die Lüge der digitalen Bildung' auf: Kindermarketing auf vielen Kanälen, egal ob im Fernsehen oder auf dem Smartphone. Alles ist Werbung! Der Unterschied zwischen Inhalten und Werbebotschaften hat sich erledigt, da Kinderserien Teil eines modernen Marketings geworden sind. Hinzu kommt: Digitale Medien unterlaufen durch ihre Klick-Mechanismen geschickt die kindliche Impulskontrolle, die sich gerade erst entwickelt. Selbstbestimmung? Nicht erwünscht!

Vom Unterrichten zum Bildungscontrolling oder: Über die Blindheit gegenüber den Zielen der 'Digitalisierung von Schulen'

Ralf Lankau, Grafiker, Philologe und Professor für Mediengestaltung und -theorie an der Hochschule Offenburg

Wer sich mit Digitalisierungszielen an Schulen befasst, stellt fest, dass die Tragweite dieser schlussendlich angestrebten Transformation von Bildungseinrichtungen zu automatisierten Lernfabriken durch Digitaltechnik bis jetzt nur von Wenigen erkannt wird. Viele Beteiligte (wollen) glauben, es ginge nur um eine bessere technische Ausstattung der Schulen zur Unterstützung der Lehrkräfte und der Lernenden ('individualisiertes Lernen') – und übersehen dabei, dass mit Kybernetik und Behaviorismus zwei den Menschen degradierende Verfahren eine Wiedergeburt erleben. Dabei werden Lernprozesse zu Akten der systematischen Selbstentmündigung umgeformt: die Zurichtung der Lernenden auf abfragbare Kompetenzen mit Hilfe von Algorithmen und Software, passend zu den Anforderungen, wie sie die Wirtschaft gerade stellt.

Vorankündigung:

Fortbildungsangebot für Arbeitnehmer-Lehrkräfte und interessierte beamtete Lehrkräfte

Der Arbeitskreis Arbeitnehmer des Philologenverbandes Baden-Württemberg (AKA PhV BW) wird am Freitag, dem 22. März 2019 in Ulm am Kepler-Gymnasium* eine ganztägige Informationsveranstaltung für Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis und interessierte beamtete Lehrkräfte (zum Beispiel ÖPR, BfC) zusammen mit einem Referenten der AOK durchführen.

Vorgesehen sind folgende Themenfelder: ***Lohnfortzahlung/ Krankengeld – wiederholte Erkrankung – Kur – Reha – 9/10-Regelung | Aktuelles aus dem Tarifbereich: Ergebnisse der Einkommensrunde TV-L 2019 | Ausblick auf die Personalratswahlen***

Sie fragen – wir antworten!

Der AKA PhV BW lädt zu diesem zielgruppenspezifischen Fortbildungsangebot herzlich ein und freut sich auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

* Karl-Schefold-Straße 16, etwa einen Kilometer vom Bahnhof entfernt

Ursula Kampf, Vorsitzende AKA PhV BW, Tarifbeauftragte PhV BW

Die Milliarden des Digitalpakts:

Abschaffung des Bildungsföderalismus durch die Hintertür?

Ein Kommentar

von **Cord Santelmann**
Referent für IT/Medien im PhV-Landesvorstand
und PhV-Bezirksvorsitzender Südwürttemberg

Bild: MR/AdobeStock

Für die Digitalisierung der schulischen Bildung ab 2019 hatte die Bundesregierung bereits im August 2018 einen milliardenschweren Fonds 'Digitale Infrastruktur' (auch kurz 'Digitalpakt' genannt) beschlossen. Dieser Fonds könnte auf bis zu fünf Milliarden Euro aufgestockt werden. Voraussetzung für das Förderprogramm ist aber aus Sicht der Bundesregierung eine vorherige Aufweichung des sogenannten 'Kooperationsverbots' im Grundgesetz. Das 'Kooperationsverbot' bedeutet, dass die Bildungspolitik Ländersache ist und der Einflussnahme des Bundes auf die Bildungspolitik der Länder deshalb enge Grenzen gesetzt sind, auch was finanzielle Förderprogramme des Bundes angeht.[1] Die geplante Grundgesetzänderung ist allerdings aufgrund des Widerstandes der Länder im ersten Anlauf gescheitert. Insbesondere Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann hatte die Befürchtung geäußert, dass der Bildungsföderalismus ohne Not zur Disposition gestellt werde.[2] Zu Recht?

Die Hoffnungen waren groß: In Kürze sollten Milliarden fließen, mit deren Hilfe die veraltete digitale Infrastruktur der Schulen endlich modernisiert, breitbandige Internetanschlüsse bereitgestellt und Millionen digitaler Endgeräte wie Tablet-Computer für den Unterricht zur Verfügung gestellt werden. Dass der Handlungsbedarf groß ist, wurde von kaum jemandem bestritten. Allenfalls wurde klargestellt, dass neue Technik allein noch keinen Bildungsfortschritt bringt, wenn nicht auch entsprechende pädagogische Konzepte entwickelt werden.[3] Dieser Haltung schließt sich der Philologenverband Baden-Württemberg in seinem auf der Hauptvorstandssitzung am 14. Dezember 2018 beschlossenen Positionspapier zur Digitalisierung grundsätzlich an. Es muss also in der Tat massiv und zielgerichtet in die digitale Modernisierung der Schulen investiert werden – aber ist dazu eine Grundgesetzänderung notwendig und – falls ja – auch wünschenswert?

Die Eigendynamik von Bundes-Förderprogrammen

Es ist nicht das erste Mal, dass Bundesmittel massiv für bestimmte Bildungsinvestitionen der Länder bereitgestellt werden. Mit dem Investitionsprogramm des Bundes 'Zukunft Bildung und Betreuung' (IZBB) wurden von 2003 bis 2009 für den Ausbau von Ganztagsschulen über 8000 kommunale Bauprojekte mit Bundesmitteln in Höhe von vier Milliarden Euro gefördert. Es wurden mit den Geldern vor allem schulische Mensen und sonstige Räumlichkeiten für die Ganztagsbetreuung gefördert.[4] Hierfür gab es sicher auch an vielen Standorten einen großen Bedarf, aber dieser Bedarf wurde nicht selten erst über das Förderangebot erzeugt. >>

In nicht wenigen Fällen wurden mit heißer Nadel gestrickte Ganztagskonzepte entwickelt, nur um an Fördergelder zu kommen. Kaum aber waren die entsprechenden Mensen gebaut, wurde klar, dass nun auch Mehrarbeit für die Lehrkräfte ansteht, da im Ganztagsbetrieb natürlich die Aufsicht sichergestellt und nachmittägliche Bildungsangebote gemacht werden müssen. Bei Eltern- und Schülerschaft sind die Mensa- und Ganztagsangebote im Übrigen nicht immer flächendeckend auf breites Interesse gestoßen. Aber die Mensen waren nun einmal da und ein entsprechendes Ganztagskonzept musste aufrechterhalten werden – und sei es in gebundener Form. In vielen Gemeinden hat diese Dynamik im Grundschulbereich für die flächendeckende Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebs gesorgt. Das mag im Sinne vieler, aber sicher nicht aller Elternhäuser sein.

Es zeigt sich also, dass die Bereitstellung zweckgebundener Milliarden-Mittel einen großen Einfluss auf die Bildungspolitik nehmen kann. Ein solcher steuernder Einfluss seitens der Bundesregierung auf die Bildungspolitik der Länder ist im deutschen Bildungsföderalismus aber aus – wie ich finde – gutem Grund nicht vorgesehen und grundgesetzlich zu Recht stark eingeschränkt. Wüsste Berlin denn tatsächlich besser als die Landesregierung, in welche Bahnen die Digitalisierung in einem Flächenland wie Baden-Württemberg oder in einem Stadtstaat wie Hamburg organisiert werden sollte? Zwar ist das baden-württembergische Digitalisierungsprojekt 'ella' erst kürzlich krachend gescheitert – aber wann der Berliner Flughafen fertig wird, weiß auch niemand.

Die bisherigen bundesweiten Zentralisierungstendenzen zum Beispiel im Bereich des Abiturs (gemeinsamer Abitur-Aufgaben-Pool, gemeinsame Abiturprüfungstermine) haben jedenfalls reichlich unerwünschte Nebenwirkungen und kaum wahrnehmbare Vorteile gebracht: stark verkürzte Korrekturzeiträume für die Lehrkräfte, größere Gefahr des Bekanntwerdens von zentralen Abituraufgaben, bestenfalls ein marginaler Beitrag zu mehr Vergleichbarkeit der Abiturnoten. Die Kultusministerkonferenz täte besser daran, ihre Energie und Kreativität wirksam in den Niveauerhalt schulischer Bildung, die Eindämmung von Akademisierungswahn und Abiturnoten-Inflation sowie die Erleichterung des Ländertauschs für Lehrkräfte zu investieren.

Der Baden-Württembergische Ministerpräsident Kretschmann weist außerdem ganz zu Recht darauf hin, dass eine Grundgesetzänderung überhaupt nicht notwendig ist, wenn es dem Bund darum geht, die Länder bei wichtigen Aufgaben mit Geldmitteln zu unterstützen: Der Bund kann die Länder auch auf anderem Wege, etwa über einen neuen Verteilschlüssel bei der Umsatzsteuer, finanziell in die Lage versetzen, ihren Aufgaben bei der digitalen Modernisierung der Schulen gerecht zu werden.[5] Auch der Deutsche Philologenverband fordert nun eine Verwirklichung der Ziele des Digitalpakts ohne Grundgesetzänderung: »Eine Einigung zwischen Bund und Ländern für den Digitalpakt jenseits der umstrittenen Grundgesetzänderung ist möglich, wenn bei allen Beteiligten der politische Wille dazu vorhanden ist. Dies geht auf der Basis der bestehenden verfassungsrechtlichen Lage bereits jetzt und ist nötig!« – so die DPhV-Vorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing in einer Pressemitteilung des DPhV vom 4. Dezember 2018.[6] Es bleibt zu hoffen, dass dies alle Beteiligten einsehen und alles daran setzen, einen solchen 'dritten Weg' zu finden.

1 Vgl. die Pressemitteilung von Bundesbildungsministerin Karliczek vom 1. August 2018 unter https://www.bmbf.de/de/bundesbildungsministerin-anja-karliczek-zur-verabschiedung-des-fonds-digitale-6672.html

2 Hessen, Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen befürchten, dass die Bundesregierung nach einer Grundgesetzänderung zu stark in die Bildungshoheit der Länder hineinregieren könnte. Kretschmann zum Digitalpakt: »Der Bund hat gar keine Kompetenz, aber er hat auch gar keine Ahnung davon.« Vgl. ZDF.de unter https://www.zdf.de/nachrichten/heute/kretschmann-zu-digitalpakt-bund-hat-keine-ahnung-100.html, aufgerufen am 27. Dezember 2018

3 Baden-Württembergs Kultusministerin brachte diese Haltung 2017 wie folgt auf den Punkt: »Ersetze Buch durch Laptop ist keine Pädagogik«. Vgl. die Stuttgarter Zeitung vom 14. Februar 2017, https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bildungsmesse-didacta-ersetze-buch-durch-laptop-ist-keine-paedagogik.a8c14a4f-2198-4a7c-bb14-6c9549bc4ec4.html, aufgerufen am 27. Dezember 2018.

4 Vgl. die Darstellung des IZBB-Programms durch das BMBF unter https://www.bmbf.de/de/gute-bildung-in-ganztagsschulen-83.html, aufgerufen am 27. Dezember 2018.

5 Vgl. die Berichterstattung in den Stuttgartern Nachrichten vom 3. Dezember 2018 unter https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.geplante-grundgesetzaenderung-fuer-digitalpakt-kretschmann-bekraeftigt-seine-kritik.96eb663e-bc34-40c4-b6d8-e22b290936b8.html, aufgerufen am 27. Dezember 2018.

6 Zitiert nach https://www.dphv.de/aktuell/nachrichten/details/article/keine-einigung-beim-digitalpakt.html, aufgerufen am 27. Dezember 2018.

Gymnasialtag des Philologenverbands BW

Wann? Am Samstag, dem 6. April 2019 von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Wo? Hedwig-Dohm-Schule | Hedwig-Dohm-Straße 3 | 70191 Stuttgart
(Haltestelle Eckhardshaldenweg (Pragfriedhof), zwei Stationen vom Hauptbahnhof Stuttgart)

Vorträge:

- **Wider die digitale Demenz – Wie Lernen beim Menschen funktioniert** *Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer*
- **Verbaut die digitale Revolution unseren Kindern die Zukunft? – Erkenntnisse aus der Hirnforschung** *Prof. Dr. Gertraud Teuchert-Noodt*
- **Erste Baden-Württemberg-spezifische Ergebnisse der DPhV-Studie 'Arbeitszeit im Wandel' für Gymnasiallehrkräfte 2018** *Dr. Steffi Kreuzfeld/Dr. Reingard Seibt*

Workshops zu folgenden Themen:

- Auslandsschuldienst, Teilzeit, Elternzeit und Pension, Gemeinschaftsschulen
- Neue Oberstufe, Digitalisierung sowie zum Bewerbungstraining für Referendare

Der Philologenverband Baden-Württemberg freut sich auf Ihr Kommen!

Plenum digitale – Vaccum mentale?

2. Frankfurter (In-)Kompetenzkonferenz zur Digitalisierung

von Stefanie Wölz
Referat Bildungspolitik

und Andrea Pilz
Referat Bildungspolitik

GBW Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.

Am 6. Oktober 2018 fand in Frankfurt die 2. (In-)Kompetenzkonferenz statt. Sie stand unter der Fragestellung, ob die digitale Fülle ein mentales Vakuum erzeuge. Renommierte Redner und Experten aus unterschiedlichen Fachbereichen (Politik, Medizin, Wissenschaft) beleuchteten aus ihrem jeweiligen Fachgebiet die Digitalisierung und stellten sich im Anschluss der Diskussion mit den rund 350 Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmern.

Digitale Bildung und digitale Souveränität im digitalen Deutschland

Prof. Dr. Helge Braun
Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts

Dr. Braun sah zu diesem Zeitpunkt keine Probleme bei der Grundgesetzänderung, um die Bundesmittel zur Digitalisierung an die Schulen zu bringen. Er äußerte sich durchaus kritisch über Digitalisierung, indem er sagte, man wolle eventuell den doppelstöckigen Dienstwagen, ohne es zu wissen. Gleichzeitig mache er sich Sorgen, falls Europa weiterhin in der Digitalisierung hinterherhinke. Außerdem sprach er von digitaler Souveränität, die bei Hardware praktisch nicht geht. Identifizierung, seither Staatssache, wird zum Projekt digitale Identifizierung.

Qualität kommt von Qual

Prof. Dr. Peter Pospiech
Stellvertretender Direktor der Vorklinik Charité Universitätsmedizin Berlin

Prof. Pospiech bemängelte, dass es heute an Herzensbildung fehlt und dass Pflicht zu sehr in den Hintergrund von Spaß und Freude tritt.

Er zitierte einen Richter, nachdem ein Studienplatz eingeklagt wurde, der gar nicht vorhanden war: »In einer Welt des Wollens und Müssens spielt die Wirklichkeit eine untergeordnete Rolle.«

Wider die digitale Demenz – Wie Lernen beim Menschen funktioniert

Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer
Ärztlicher Direktor der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Universitätsklinikum Ulm

Prof. Spitzer erklärte die zunehmende Kurzsichtigkeit bei Kleinkindern, die Smartphones nutzen, biologisch. Als Folgen zu großen Smartphone-Konsums sieht Spitzer Schlafstörungen, Bluthochdruck und Depression. Er erklärt, dass Facebook gemacht wurde, um Sucht zu erzeugen und untermauert dies mit Untersuchungen über entsprechende Aktivierungen von Gehirnarealen.

Er hält es für unsozial, dass Schulen digitalisiert werden, da vor allem schwächere Schüler von Smartphoneverboten profitieren, während ohnehin gute Schüler durch Smartphonenutzung nicht besser werden.

Außerdem erklärte er, warum unser Gehirn auf unwahrscheinliche Meldung stärker reagiert als auf die Wahrheit: »Falschheit ist schon um die Welt, während sich die Wahrheit noch die Schuhe anzieht.«

Am Ende seines Vortrages ging er noch darauf ein, dass in *Nature* schon 2012 publiziert wurde, dass Wahlen beeinflusst werden können.

Digitaler Humanismus – Eine Ethik für das Zeitalter der künstlichen Intelligenz

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin
Philosophie, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Nida-Rümelin ist es wichtig, dass Software-Systeme keine Gegenüber von Menschen sind, weswegen er auch vollkommen dagegen ist, dass Pflegeroboter menschliche Gestalt annehmen. Ansonsten hat er nicht die Zukunftsangst von Stephan Hawking, dass Computersysteme die Weltherrschaft übernehmen, da es ihnen ja nicht einmal möglich ist, Stühle von Nichtstühlen zu unterscheiden.

Der kurze Weg vom digital native zum digitalen Naivling

OStD a.D. Josef Kraus
ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbands

Josef Kraus betonte, dass zur Mündigkeit die Fähigkeit gehöre, sinnentnehmend zu lesen, die Fähigkeit, dif- >>

ferenziert und verständlich zu schreiben, die Fähigkeit, zielführend Strategien bei der Suche nach Informationen einzusehen und die Fähigkeit, beim Gefundenen Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. »Wer nichts weiß muss alles glauben. (Wer nichts weiß muss alles googeln)«. Ein solcher Mensch ohne Wissensfundus wäre das Lieblingsobjekt eines jeden Demagogen. Nach seiner Auffassung sollte die Politik nicht einseitig die Digitalisierung fördern, sondern parallel hierzu auch in Schulbibliotheken investieren. In seiner aktiven Zeit als Direktor eines Gymnasiums sorgte er sowohl für die multimediale Ausstattung seiner Schule als auch für eine Bibliothek mit langen, täglichen Öffnungszeiten und einem umfangreichen Buchbestand. Das Buch ist für ihn ein zentrales Medium, das Wissen ohne Verfallsdatum und ohne permanente Aufkündbarkeit per Mausklick anbietet. Ziel gymnasialer Bildung sei die Erziehung zur Medienmündigkeit und nicht zu einer reinen Medienbedienkompetenz.

Vom Unterrichten zum Bildungscontrolling

Prof. Dr. Ralf Lankau
Mediengestaltung und -theorie
Hochschule Offenburg

Prof. Lankau berichtete von der Produktion von Humankapital mit validierten Kompetenzen in Amerika und forderte, dass IT wieder zum Werkzeug werden muss. Eine 'res extra commercium' in Bildungseinrichtungen wäre gut.

Er zitierte Marie v. Ebner-Eschenbach: »Glückliche Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit«.

Was im Computer ist, ist noch längst nicht im Hirn – Ein Blick über den nationalen Tellerrand

Prof. Dr. Hans Peter Klein
Didaktik der Biowissenschaften Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Klein erläuterte, wie Fehlinformationen über Golden Rice in Lehrwerke kommen konnten.

Außerdem beleuchtete er das Beispiel Australien, wo 2012 unter erheblichem finanziellem Aufwand die Schulen mit digitalen Geräten ausgestattet wurden mit dem Erfolg, dass eine Verschlechterung der Schüler in Lesefähigkeit, Mathematik usw. eintrat. Er konstatierte kein Erkenntnisdefizit, sondern ein entsprechendes Handlungsdefizit.

Die Videos zu den Vorträgen befinden sich auf der Homepage der Gesellschaft für Bildung und Wissen unter: **https://electure-ms.studiumdigitale.uni-frankfurt.de/vod/playlists/Vi3beXswhQ.html**

Die Neukonzeption der Kursstufe

Warum eine Reform notwendig ist

Inzwischen ist bekannt, dass zum Schuljahr 2019/2020 das neue Kursstufenmodell startet. So manch einer fragt sich jedoch, warum diese Änderung notwendig ist. Eine bessere Vergleichbarkeit der Abiturleistungen in den Bundesländern wird schon länger gefordert. Aus dieser Idee heraus hat sich die Kultusministerkonferenz im Juni 2016 darauf geeinigt, dass in der Kursphase nur noch zwei bis vier Fächer mit erhöhtem Anforderungsniveau unterrichtet werden sollen. Dieser Standard macht eine Neukonzeption der Kursstufe in Baden-Württemberg notwendig.

Das Kultusministerium möchte mit dem neuen Konzept die Naturwissenschaften stärken, die nun den Fächern Deutsch, Mathematik und den Fremdsprachen gleichgestellt werden. Auf der Internetseite des Kultusministeriums erklärt Ministerpräsident Kretschmann, darin einen »Beitrag zur Sicherung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg« zu sehen. Sicher wird so auch die Vergleichbarkeit der Abituranforderungen gegenüber den anderen Bundesländern erweitert.

Wie sich das neue Konzept gestaltet

Statt bisher fünf Leistungsfächer (vierstündig) stehen nur noch drei Leistungsfächer zur Wahl, die jedoch fünfstündig unterrichtet werden. Vorgeschrieben ist bei der Wahl dieser Fächer, dass zwei davon aus den Bereichen Mathematik, Deutsch, den Fremdsprachen oder den Naturwissenschaften gewählt werden. Das 3. Leistungsfach ist frei wählbar.

Eine weitere Bedingung ist die Abdeckung aller drei Aufgabenfelder (Deutsch/Fremdsprachen, Mathematik, Gesellschaftswissenschaften) in der

schriftlichen und mündlichen Abiturprüfung. Generell gilt, dass Deutsch und Mathematik abiturrelevant sind, wobei beide Fächer statt für die schriftliche auch für die mündliche Prüfung gewählt werden können.

Neben den Leistungsfächern werden Basisfächer angeboten, die drei- (Sprachen und Naturwissenschaften) oder zweistündig unterrichtet werden. Zu den Neuregelungen gehört auch, dass die späte Fremdsprache (ab Klasse 8) nun als Wahlfach weitergeführt werden kann.

Präsentationsprüfungen als mündliche Prüfungen sind nicht mehr zulässig. Die bisherige Form wird durch klassische mündliche Prüfungen ersetzt.

Was gleich bleibt

Geographie und Gemeinschaftskunde werden weiterhin als Kombikurs angeboten.

Die Schülerinnen und Schüler müssen drei GFS in drei verschiedenen Fächern absolvieren. Die Besondere Lernleistung, wie zum Beispiel der Seminarkurs, kann weiterhin in ihrer vielfältigen Form genutzt werden.

Weitere ausführliche Informationen finden Sie auf der Internetseite des Kultusministeriums Baden- Württemberg unter: **www.km-bw.de** unter den Rubriken Schule und Gymnasium.

E.K.

Ein gelungenes, aber noch nicht ganz ausgereiftes Konzept

Grundsätzlich kann sich die Neukonzeption durchaus sehen lassen. Die Reduzierung der Anzahl der Leistungsfächer mit gleichzeitiger Stundenvertiefung verspricht ein Anheben des Niveaus unserer Abiturienten in diesen Fächern. Man kann zusätzlich davon ausgehen, dass die Schüler[1] als gemeinsames Ziel das Bestehen der schriftlichen Abiturprüfungen motiviert und damit eine vielfältigere Verteilung der Leistung zu erwarten ist als die bisher oft beobachtete so genannte 'Kamelhöckerkurve', bei der es hohe und niedrige, aber kaum mittlere Niveaus gibt.

Erfreulich ist auch die Stärkung der Naturwissenschaften, die entweder als Leistungsfach oder als Wahlfach (dreistündig) angeboten werden. Persönlich gefällt mir auch die neue Option, die dritte Fremdsprache als Basisfach weiterzuführen, was bisher nicht möglich war. Damit gibt die Kultusministerin ein klares Zeichen zur Zukunftsorientierung der allgemeinen Hochschulreife.

Darüberhinaus lässt sich hoffentlich die entstandene Lücke zwischen Schule und Studium verkleinern, die den Universitäten mehr und mehr Probleme mit Studienanfängern bereitet. Die Leistungsfächer sollen den jungen Menschen Möglichkeiten bieten, ihre Studierfähigkeit zu entwickeln und einen unproblematischen Übergang von Schule zu Studium ermöglichen.

Einiges am neuen Konzept betrachte ich jedoch auch kritisch. So finde ich es erstaunlich, dass die Bildungsplaninhalte für die Leistungsfächer nicht überarbeitet werden und damit keine verbindliche Vertiefung stattfindet. Es ist der jeweiligen Fachkraft überlassen, wie viel sie von dieser Mehrstunde für Üben und Trainieren verwendet und wie viel sie an weiteren Fachinhalten vermittelt. In meinen Augen ist das verschenkte Zeit.

Problematisch sehe ich auch die vielen mündlichen Prüfungen, die auf die Kollegien im ganzen Land zukommen. In den vergangenen Jahren haben sich viele Kollegien verjüngt und somit fehlen erfahrene Fachkräfte, die dieses Prüfungsformat schon hinreichend kennen. Besonders in den ersten Jahren des neuen Prüfungskonzeptes wird auf viele von uns eine starke Arbeitsbelastung zukommen, die hoffentlich auch als solche anerkannt und abgegolten wird.

Was mir gar nicht gefällt, ist die weitere Kopplung der Fächer Gemeinschaftskunde und Geographie. Ich bin der Ansicht, dass beide Fächer durchaus ihren Platz als einzelnes Basisfach haben sollten. Fehlt es da an Ideen zur Ausgestaltung der Bildungsplaninhalte oder ist es gar eine Sparmaßnahme?

Das Prinzip der Leistungsfächer finde ich gut durchdacht und als Wahlmöglichkeit infolge von Interessenverteilung absolut angemessen. Sinnvoll ist auch die Verknüpfung mit dem schriftlichen Abitur, die zumindest eine extrinsische Motivation einschließt.

Insgesamt begrüße ich also diese Neukonzeption. Es wäre wirklich bedauernswert, wenn die genannten Verbesserungsvorschläge nicht umgesetzt würden.

Evelyn Kapahnke

1 Zur besseren Lesbarkeit des Textes verwende ich diese Formulierung für beide Geschlechter.

19. Februar 2019: Weinberg am Schnirkel – ein fiktiver Bericht

Infotag der Weinberger Gymnasien für die Viertklässler

Ähnlichkeiten mit real existierenden Personen oder Schulen sind nicht beabsichtigt und daher zufällig.

15:00 Uhr: Lehrkräfte verteilen am Eingang des Nautilus-Gymnasiums (NG) bunte Plastikchips an alle hereinkommenden Viertklässler.

Von nun an überschlagen sich die Ereignisse:

15:10 Uhr: Am Serpentes-Gymnasium (SG) werden zusätzlich zu bunten Plastikchips noch leere Tüten ausgegeben, welche sich die Grundschulkinder an verschiedenen Stellen des Schulhauses mit einer Auswahl an Süßigkeiten füllen lassen können.

15:20 Uhr: Im Foyer des Felis Silvestris Gymnasiums (FSG) werden die Eltern mit einem Glas Prosecco begrüßt.

15:30 Uhr: Am Gallus-Gymnasium (GG) können sich die Eltern zusätzlich an einem reichhaltigen Buffet mit süßen Kuchen oder herzhaften Schnittchen bedienen. Da die Fastnacht vor der Tür steht, tragen alle Lehrkräfte bunte Hütchen auf dem Kopf.

15:40 Uhr: Während ein extra zu diesem Zwecke ausgebildeter Hund einer Lehrerin mit seiner Schnauze Bälle jonglierend durch einen Reifen hin und her springt, informiert der Schulleiter die Eltern über das AG-Angebot des Nautilus- Gymnasiums.

16:00 Uhr: Die ersten Kinder besuchen die Fachschaften. Im Musiksaal des NG haben die Lehrkräfte Triangeln, Handtrommeln und Xylophone bereitgestellt, um mit den Viertklässlern zu musizieren.

16:10 Uhr: In den Musikräumen des SG probieren sich die Kinder an E-Gitarren.

16:15 Uhr: Bei der Polizeidienststelle Weinberg geht eine Anzeige wegen Ruhestörung in der Schnirkelstraße ein.

16:20 Uhr: Am FSG führt ein Chemielehrer die Knallgasreaktion an einem zuvor mit Wasserstoff gefüllten Luftballon durch.

16:25 Uhr: Die Chemiker am GG haben mit solch einem Erstschlag bereits gerechnet. Das Gallus-Gymnasium kontert, indem es eine ganze Hand voll Wasserstoff-Luftballons gleichzeitig entzündet. Aufgrund des unerwartet lauten Knalls erschreckt sich eine begleitende Großmutter derart, dass sie ihr Gebiss verschluckt. Sie fordert Schadensersatz. Zur gleichen Zeit werden aus der Sporthalle des Nautilus- Gymnasiums einige rote Gymnastikbälle entwendet.

16:30 Uhr: Aus den Chemievorbereitungsräumen des NG fliegen sämtliche Fensterscheiben raus, nachdem der Fachschaft Chemie die Luftballons für die Knallgasreaktion ausgegangen waren und sich eine Alternative in Form von Gymnastikbällen aufgetan hatte.

16:40 Uhr: Am FSG wird mit sofortiger Wirkung Sekt auch an die Kinder ausgegeben, um der langsam aufkommenden Langeweile entgegenzuwirken. Zu etwa dieser Zeit fällt in den gesamten Sporträumen des SG der Strom aus, nachdem Lehrkräfte zu den drei bereits aufgebauten Hüpfburgen eine vierte zuschalten wollten, um dem Ansturm der Kinder gerecht zu werden.

16:50 Uhr: Am Gallus-Gymnasium dürfen sich die Kinder die umfangreiche Skelettsammlung und die ausgestopften Tiere anschauen.

17:00 Uhr: Die Biolehrer des SG öffnen die Präparateschränke, damit die Kinder alle ausgestopften Tiere streicheln können. Zur gleichen Zeit können Eltern und Kinder von der Turnhalle des SG einen Bungee-Sprung machen, wozu erstmal keine Elektrizität notwendig ist.

17:10 Uhr: Am GG ist man dazu übergegangen, die ausgestopften Tiere an die Kinder zu verschenken.

17:20 Uhr: Frau Wassermann hat im Bioraum des NG das Sezieren von echten Hühnerherzen vorbereitet und erfährt soeben von einem Jungen, dass er Herzen bereits am FSG seziert habe. Die Anmeldezahlen vor Augen stürmt Wassermann panisch zum Gefrierfach der Biosamm-

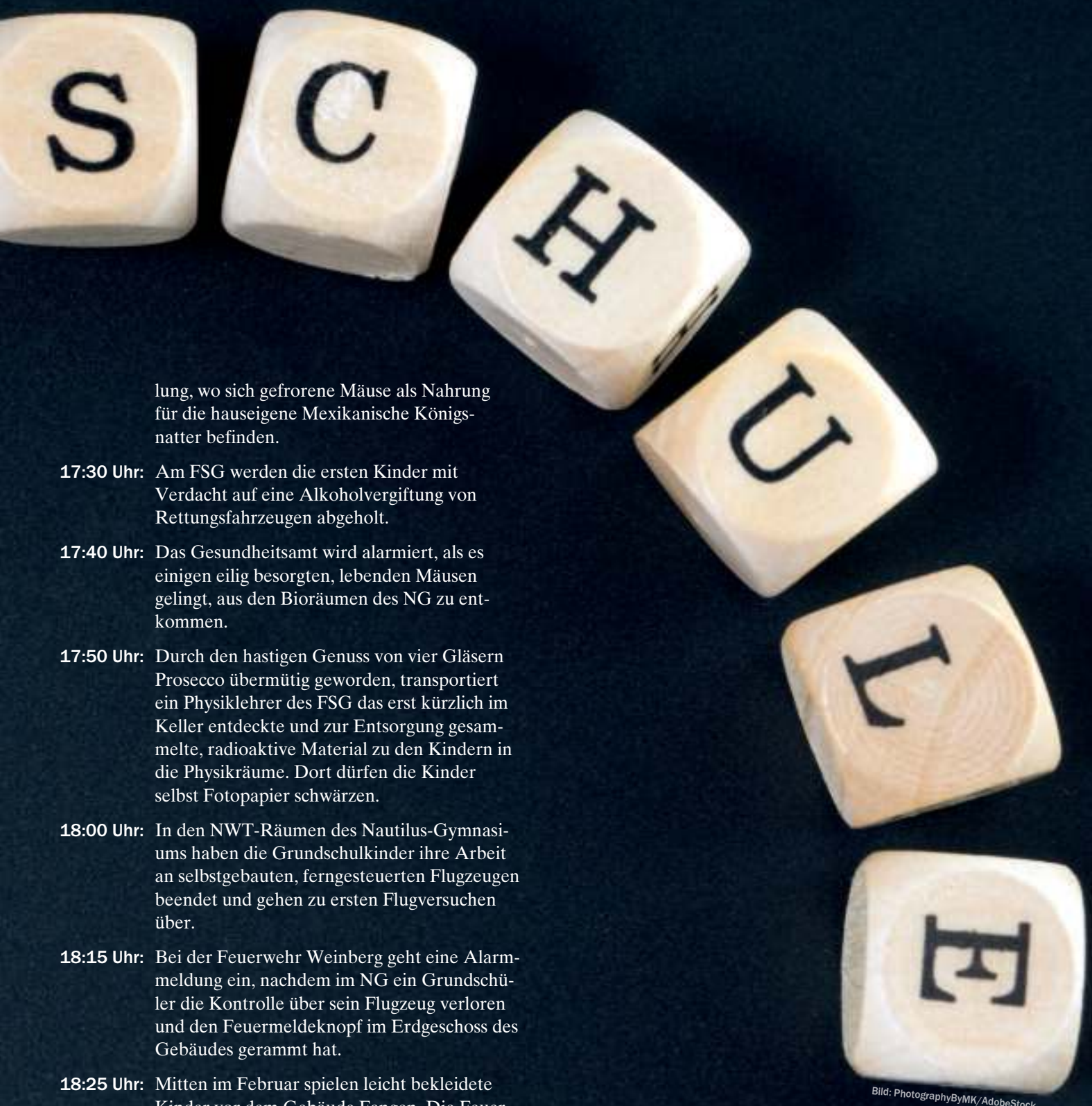

Bild: PhotographyByMK/AdobeStock

lung, wo sich gefrorene Mäuse als Nahrung für die hauseigene Mexikanische Königsnatter befinden.

17:30 Uhr: Am FSG werden die ersten Kinder mit Verdacht auf eine Alkoholvergiftung von Rettungsfahrzeugen abgeholt.

17:40 Uhr: Das Gesundheitsamt wird alarmiert, als es einigen eilig besorgten, lebenden Mäusen gelingt, aus den Bioräumen des NG zu entkommen.

17:50 Uhr: Durch den hastigen Genuss von vier Gläsern Prosecco übermütig geworden, transportiert ein Physiklehrer des FSG das erst kürzlich im Keller entdeckte und zur Entsorgung gesammelte, radioaktive Material zu den Kindern in die Physikräume. Dort dürfen die Kinder selbst Fotopapier schwärzen.

18:00 Uhr: In den NWT-Räumen des Nautilus-Gymnasiums haben die Grundschulkinder ihre Arbeit an selbstgebauten, ferngesteuerten Flugzeugen beendet und gehen zu ersten Flugversuchen über.

18:15 Uhr: Bei der Feuerwehr Weinberg geht eine Alarmmeldung ein, nachdem im NG ein Grundschüler die Kontrolle über sein Flugzeug verloren und den Feuermeldeknopf im Erdgeschoss des Gebäudes gerammt hat.

18:25 Uhr: Mitten im Februar spielen leicht bekleidete Kinder vor dem Gebäude Fangen. Die Feuerwehr evakuiert die letzten Eltern, welche aufgrund des ohrenbetäubenden Sirenenlärms in Panik geraten und die Orientierung verloren. Auf dem Schulhof irren weitere Eltern, auf der Suche nach ihren Kindern, scheinbar ziellos umher. Ganz normale Eltern, die sich einfach nur ein Gymnasium für ihr Kind anschauen wollten.

Ramona Wagner

Teil I

Bild: bluedesign/AdobeStock

Ein Befund erreicht das Greisenalter:

Die sogenannte ’Bildungs-ungerechtigkeit’

Greisenhafte empirische Befunde werden auch von jungen und modernen Journalistinnen, Journalisten, Forscherinnen und Forschern gerne mit hysterischer Empörungsfreude präsentiert. Die Liebe zu antiken Debatten ist vor allem bei einfallslosen Modernisierern auffällig. Es geht um den Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Bildungsschicht des Elternhauses, der seit den Zeiten unserer Großväter und Großmütter sattsam bekannt ist – zum Beispiel seit Davis und Havighurst, (1946), seit Warner, Havighurst und Loeb (1944) oder seit Hollingshead (1949). Auch heute wird er in nahezu jeder PISA oder IGLU Studie, zuletzt kürzlich, wiederholt.

Nun gut – der Zusammenhang ist bei uns höher als in anderen Ländern. (Wirklich? – Darauf gehe ich am Schluß ein) Bei uns? Natürlich nicht so stark in Bayern mit dem ’ewig gestrigen’ gegliederten Bildungssystem und natürlich hoch in den IQB-Schlusslichtern Bremen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin, aus denen aber meist die modernsten Modernisierer kommen. Daraus wollen wir aber auf keinen Fall Schlussfolgerungen ziehen. Das ist ja der reinste Zufall….

>> Glosse von Prof. Dr. Rainer Dollase

Woraus ziehen wir denn nun Schlussfolgerungen?

Der Stammtisch weiß: Es liegt an der frühen Sortierung im gegliederten Schulwesen. Schade für diesen Populismus: Die Einheitsschule Grundschule packt es ja gerade nicht, wie noch in 2017 belegt wurde – an den Gesamtschulen einiger Bundesländer, so der frühere Gesamtschulbefürworter Helmut Fend, ist die Bildungsungerechtigkeit genauso groß wie an den gegliederten Schulen derselben Länder. Also »länger gemeinsam Lernen« ist auch keine Lösung. Gemeinsames Lernen ersetzt bloß die Institutionen – Diskriminierung durch schulklasseninterne Diskriminierung – die Leistungsschwachen bleiben auch im gemeinsamen Lernen die Leistungsschwachen. Auch der Ganztag ändert natürlich nichts – alles empirisch belegbar.

Jetzt kommen von Erfahrungen und Befunden unbelastete Journalistinnen und Journalisten mit niedlichem Weltverbesserungs-Gestus auf die Idee »Mischt Grundschüler« – einer meint: »besser mischen«, weil ihm ein weiterer Greisenbefund aufgefallen ist: Die Leute wohnen nicht gemischt – ach nein (unter Fachleuten als »sozialräumliche Polarisierung« bekannt) – und nun ist eine Einheitsschule im Brennpunkt eine ungemischte Konzentration der Zurückgebliebenen – und die im Villenviertel eine Eliteschule. Eine andere verzückt sich über Estland, weil dort die Leistungsunterschiede zu 92 Prozent nicht durch den »sozialen Hintergrund« erklärt werden und bei uns nur durch fürchterliche 84 Prozent. (Na klar: 8 Prozent in Estland und 16 Prozent bei uns – in der hysterischen Empörungssprache »doppelt so viel«).

Und jetzt?

Zugegeben – jetzt kommen die kabarettreifen Vorschläge: Wir machen die Schulen in den Villenvierteln schlecht – die übelsten Lehrer kommen dahin und die besten Lehrkräfte arbeiten in

den Brennpunkten. Wir verschicken allmorgendlich die Kinder aus den Villenvierteln in die Brennpunkte und umgekehrt. Oh ja – Spaß muss sein. Oder: Wir schaffen das Leistungsprinzip oder die Bestenauslese als gesellschaftliches Prinzip ab – warum sollen die besten und interessiertesten Menschen Astrophysik studieren? Analphabeten müssen auch ihre Chance haben – wir fordern eine Quote beim Medizinstudium für Menschen mit einem Gedächtnis wie ein Sieb … Oder: Nehmt den Bildungsfernen doch die Kinder weg und stopft sie als Hospitanten in ordentliche Bildungsspießer-Haushalte. Damit sie lernen, wie richtiges Leben geht.

Niemand würde ja so etwas schreiben, wenn die Talk Shows mit ihren Experten nicht längst den Kontakt zur Wirklichkeit verloren hätten – sie erzeugen eine irre Stimmung dadurch, dass Wahrheitsapostel mit postfaktischen Illusionen und glatten fakes das Volk verwirren. Darauf kann man nur kabarettistisch antworten.

Ja – aber besser fördern, das machen die anderen Länder doch auch! Klar – nur macht sich niemand klar, dass »die anderen Länder« mit Einheitsschulen einen Riesenhaufen multiprofessionelles Personal beschäftigen (zum Beispiel auf Einöddörfern im sibirischen Schnee: auf 54 Schüler 22 Erwachsene, die sich um das Lernen der Kinder kümmern). Vorläufig unbezahlbar – ja, und auch eigentlich für uns nicht nötig.

Die 'Förderillusion' ist für jeden Praktiker frappant – nein, Förderung (eine kompensatorische Therapie der milieuspezifischen Behinderungen – empirisch längst gescheitert) wird nicht funktionieren – weil es die Programme, mit denen wir aus jedem Kind einen Vollakademiker in Germanistik machen, nicht geben kann – auch in anderen Ländern nicht. Menschen sind nicht nur wegen Begabungen (eine alberne Debatte – das bisschen Vererbung spielt nicht die Hauptrolle) unterschiedlich – sondern wegen ihrer Kultur, ihren Interessen an dem realen oder symbolischen Leben, an sehr unterschiedlichen Berufen. Kurz: Die akademisierten Inhalte bieten nur wenigen Menschen Entfaltungsmöglichkeiten: » …die relativ abstrakten akademischen Anforderungen, wie sie generell die modernen Schulen kennzeichnen« bieten »prinzipiell keine adäquaten Entwicklungsaufgaben und – kontexte.« (Trautwein, Baumert, Maaz, 2007).

Tränenblind werden fortschrittliche Schulreformer stets, wenn sie hören, dass ein Kind aus der Unterschicht mit einem hohen IQ Dachdecker geworden ist – was für eine 'Potentialverschwendung' – der hätte doch glatt eine tolle Dissertation über die »Gebärde des Weinens in der mittelenglischen Literatur« schreiben können – dann wäre wenigstens »etwas aus ihm geworden«. Ach ja…wie gesellschaftlich wertvoll… Nach dem Sturm 'Friederike' oder 'Kyrill' ist und war mir der Dachdecker lieber…(Merke: Man wird in dieser Gesellschaft nur Dachdecker, wenn man Schulversager auf dem Weg zum Abi ist).

Übrigens – bei der Übergangsempfehlung für die 'weiterführenden' Schulen könnte man ja gleich den Test machen, aufgrund dessen die Diskrepanz zwischen Empfehlung und Potential ermittelt wurde. Ist das Testabschneiden die Wahrheit und die Schulnote ein fake? Auch die eine Diskussion im Greisenalter – natürlich nicht, beides sind Facetten ein und derselben Persönlichkeit. Schulleistung und Potential hängen seit langen Jahrzehnten nie ganz nah zusammen: Hochbegabte Schüler mit einem IQ um 130 haben einen Notenschnitt von 2,35 – hochleistende Schüler (Notenschnitt 1,0 bis 1,4) haben einen IQ um 114, also ganz gut, aber nicht überragend (Rost, 2000).

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe. Der erste hier veröffentlichte Teil ist dann auf der Homepage des PhV BW **(phv-bw.de)** nachzulesen. Die gesamte Glosse wird dort ebenfalls verölfentlicht.

gbw

Kompetent Arbeitnehmerlehrkräfte weiterlotsen

Der Crashkurs Kompaktinfo Arbeitnehmerlehrkräfte macht's möglich!

Immer wieder besteht große Unsicherheit an den Gymnasien, wenn es um Fragen aus dem Bereich der Arbeitnehmerlehrkräfte geht. Der PhV NW bietet deshalb seinen Schulvertreter/innen und deren Stellvertreter/innen sowie den VV-Delegierten aus Nordwürttemberg die Möglichkeit, sich zu informieren und zu orientieren: im halbtägigen Crashkurs Kompaktinfo Arbeitnehmerlehrkräfte, letztes Jahr am 15. November 2018 vormittags in Schwäbisch Gmünd.

Knapp zwanzig Interessierte beschäftigten sich unter der Leitung von Ursula Kampf, Beisitzerin im Bezirksvorstand des Philologenverbands Nordwürttemberg und dort zuständig für den Bereich 'Arbeitnehmer/innen – Tarif', zunächst mit den grundsätzlichen Unterschieden zwischen den beiden Statusgruppen beamtete und Arbeitnehmerlehrkräfte und den daraus resultierenden arbeits- und tarifrechtlichen Folgen für die Arbeitnehmer/innen im Schulalltag. Im Vorfeld der für die Arbeitnehmerlehrkräfte relevanten bevorstehenden Einkommensrunde im Bereich des Tarifvertrags öffentlicher Dienst – Länder TV-L zeigte Ursula Kampf sodann, ausgehend von den bisher erzielten Erfolgen, auf, wo der Philologenverband Baden-Württemberg dringend tarifpolitischen Handlungsbedarf sieht und sich mit seinen Forderungen in die BBW-Landes- und dbb-Bundestarifkommission einbringt. Informationen zum Prozedere bei der Vorbereitung der Personalratswahlen im Mai 2019 und Ausblicke auf die tarifpolitische Gremienarbeit von Ursula Kampf in den Dachverbänden rundeten den Vormittag ab.

Allen war am Ende der Schulung klar: Mehr Wissen macht den entscheidenden Unterschied! Jetzt können wir unsere Kolleginnen und Kollegen kompetent weiterlotsen.

Ursula Kampf, Beisitzerin PhV NW
Sachgebiet Arbeitnehmer/innen – Tarif

ECHTE Unterstützung für uns Lehrkräfte!

Ob Qualitätsoffensive, neue Kursstufe, Lernstand 5, VERA 8, Schulentwicklung oder die Vollerhebungen zum Vertretungsunterricht, all dies braucht Zeitfenster und Ressourcen. Die sinnvolle Bewältigung von Zusatzaufgaben neben dem Kerngeschäft Unterricht ist heute zu einer akuten Mehrbelastung geworden, aufgrund derer die Unterrichtsqualität zwangsläufig leiden muss. Das leidige Thema Anrechnungsstunden fällt hierbei stark ins Gewicht, denn ohne diese ist die Mehrarbeit nicht sinnvoll zu bewältigen. Eine **Erhöhung der Anrechnungsstunden** ist also unabdingbar, um die Arbeitsbelastung insgesamt deutlich zu senken.

Das ohnehin mehrfach erhöhte Deputat muss wieder so gestaltet sein, dass die Unterrichtsqualität, und nicht deren Quantität, im Vordergrund steht. Dies geht nur mit einer **Senkung des Gymnasialdeputats auf** die ehemals üblichen **23 Stunden**, denn Qualität braucht ihre Zeit – in der Vor- wie in der Nachbereitung. Eine solche Reduktion würde zu einer starken Entlastung der Kolleginnen und Kollegen hinwirken, was einen großen Beitrag zur angekündigten Qualitätsoffensive Unterricht leisten würde.

Die Idee, an kleineren bis mittelgroßen Gymnasien Basis- und Leistungskurse zusammenzulegen, hakt nicht nur am Grundgedanken Leistungskurs. Dieser setzt eine über das übliche Maß hinausgehende Intensivierung des Fachunterrichts voraus, um wissenschaftspropädeutisches Arbeiten gezielt zu unterstützen und intensiv auf ein Studium des jeweiligen Leistungsfaches vorzubereiten. Sie lässt insbesondere in Massenfächern wie Deutsch, Mathematik oder Englisch kein Arbeiten in einigermaßen homogenen Lerngruppen zu. Die **Senkung des Klassenteilers**, eine stetige Forderung des Philologenverbands Baden-Württemberg, wird hier ad absurdum geführt. Auch wenn die Klassengröße zu den sogenannten Sichtstrukturen gehört, leuchtet es ein, dass kleinere Lerngruppen insbesondere auf Leistungskursniveau durchaus Sinn machen, da die Schüleraktivität hierdurch beträchtlich gesteigert wird.

Dies wäre auch im Sinne der Lernstandserhebungen und Evaluationen. Lernstand 5 und VERA 8 beispielsweise sind Zwischenschritte auf dem Weg in die Kursstufe und bilden den aktuellen Leistungs- und Wissenstand in den jeweiligen Fächern ab. Das Erreichen der viel zitierten Lesekompetenz, welche für die spätere Kursstufe unabdingbarer ist, braucht jedoch Zeit, genauer gesagt Unterrichtszeit. Die Kürzungen in den einzelnen Fächern bei der Einführung der Kontingentstundentafeln haben die Unterrichtsqualität sicherlich nicht gesteigert. Wie soll auch in weniger Zeit dasselbe erlernt werden? Ein Ausdünnen der Unterrichtsinhalte führt jedoch nicht nur zu einer Abflachung des Unterrichts, sondern auch zu einer deutlichen Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen. Weniger Stunden pro Klasse bedeuten mehr Klassen pro Schuljahr. Auch dies führt zu einer Absenkung der Unterrichtsqualität, denn es müssen viele Klassen im Stakkatostil vorbereitet und unterrichtet werden. Der Unterricht wird schneller, fahriger, ungenauer, das Maximalprinzip fällt dem Minimalprinzip zum Opfer. Weniger scheint mehr zu sein – ist es das tatsächlich?

Die Vollerhebungen zum Vertretungsunterricht wären so gar nicht notwendig, würde man die **Versorgung an den Schulen auf 110 Prozent anheben**. Dadurch wäre gewährleistet, dass so ziemlich alle Unterrichtsausfälle sinnvoll aufgefangen würden und in Verbindung mit den oben genannten Maßnahmen genügend Raum bliebe, Vertretungsunterricht meist strukturiert zu planen und durchzuführen.

Es geht ums Kerngeschäft, den Unterricht! Guter Unterricht braucht Zeit, Zeit in der Vorbereitung, Zeit im Unterricht selbst und Zeit in der Nachbereitung. »Es geht um unsere Kinder«, erwähnte Björn Sieper, Vorsitzender des Bezirksverbands Nordbaden, im Interview mit 'Gymnasium Baden-Württemberg'. Recht hat er! Treten wir ein für eine echte Qualitätsoffensive, indem wir dem Unterricht die Zeit geben, welche er braucht. Indem wir den Kindern die Zeit geben, welche sie brauchen, um Sachverhalte durchdringen zu können und sich auf komplexe Inhalte einzulassen. Und indem wir unseren Kolleginnen und Kollegen die Zeit geben, welche sie brauchen, um guten Unterricht in die Wege zu leiten, auszuführen und zu analysieren. All dies braucht mehr Anrechnungsstunden, ein machbares Deputat von 23 Stunden, eine klare Senkung des Klassenteilers, eine Lehrerversorgung von 110 Prozent sowie die dem Kerngeschäft zeitlich unbeschränkte Widmung der vorgegebenen Arbeitszeit – eine echte Qualitätsoffensive Unterricht und somit eine echte Unterstützung für uns Lehrkräfte eben.

Enver Groß

>> Das gesamte Vorbereitungsteam von Schülern und Lehrern unter Leitung von Matthias Metzler *(erster hinten links)* vor der Kamera.

»Grüße aus dem All nach Weingarten und Heilbronn«

Ein wohl einmaliges Ereignis verband Ende des letzten Jahres zwei Schulen im Land miteinander. Das Gymnasium und die Realschule in Weingarten sowie das Robert-Mayer-Gymnasium in Heilbronn hatten sich um einen der wenigen Funkkontakte deutscher Schulen mit Alexander Gerst, unserem Astronauten auf der ISS, beworben. Völlig unerwartet sind die Schulen an den spannenden Ereignissen im All beteiligt worden.

Es ist eine technische Herausforderung, die Internationale Raumstation (ISS) während eines etwa fünfzehnminütigen Überfluges exakt anzupeilen und dadurch mit der Erde einen Funkkontakt zu ermöglichen. Mit Hilfe der Ortsverbände des Deutschen Amateur-Radio-Clubs (DARC) gelang es zudem, gleichzeitig eine Skype-Verbindung zwischen den beteiligten Schulen herzustellen. Nach wochenlangen Vorbereitungen im Vorfeld konnten die Schülerinnen und Schüler am Tag X mit den Fragen an Alexander Gerst beginnen. Völlig unerwartet war Alexander Gerst jedoch dabei nur schwach zu hören. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass während des fast zeitgleichen Startes (und der späteren Notlandung) der russischen Sojus-Rakete das leistungsstärkere Funkgerät vom russischen Teil der Besatzung benötigt worden war.

Beim glücklicherweise eingerichteten zweiten Anlauf am 5. Dezember klappte schließlich alles perfekt. Abwechselnd stellten die Schülerinnen und Schüler aus Heilbronn und Weingarten ihre Fragen an Alexander Gerst auf der ISS. Neben technischen und naturwissenschaftlichen Einwänden kamen aber auch derartige Fragen, ob man von der ISS Kriege oder Naturkatastrophen sehen könne. Die offene und interessierte Art von Alexander Gerst begeisterte einmal mehr die Jugendlichen und das zahlreich anwesende Publikum.

Zwei Schulen im Land, welche rund 200 Kilometer Luftlinie auseinanderliegen, waren durch dieses einmalige Ereignis mit der Raumstation in rund 400 Kilometer Höhe und untereinander verbunden und vernetzt. Die monatelange Anstrengung der Vorbereitungen mitten im Schulalltag hatte sich für alle Beteiligten mehr als gelohnt.

Matthias Metzler

>> Am Funkkontakt aktiv beteiligte Schüler des Gymnasiums Weingarten werden vor der Schulgemeinschaft vorgestellt.

Beitrittserklärung

PÄDAGOGIK & HOCHSCHUL VERLAG • dphv-verlagsgesellschaft mbH • Graf-Adolf-Straße 84 • 40210 Düsseldorf

G 2527

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A

☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

☐ Studienreferendar/in

☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN D E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Kalenderjahres mit dreimonatiger Kündigungsfrist möglich ist.

Hinweis zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62 -77 | E-Mail : info@phv-bw.de *senden/faxen.*

Auszug aus der ab 1. Juli 2018 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)						
Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	17,76 Euro		A 13/E 14	18,26 Euro	
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	19,56 Euro		A 15/E 15Ü	21,36 Euro	
Feste Beitragssätze	Studenten	1,82 Euro	Referendare	3,65 Euro	Pensionäre	7,30 Euro